



Kinder brauchen mehr

Die Eckpunkte der Linksfraktion für eine
Kindergrundsicherung in der Diskussion

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Teil der Fachtagung	7
Vortrag von Diana Golze, MdB	10
Vortrag von Prof. Ronald Lutz	21
Vortrag von Dr. Rudolf Martens	45
Vortrag von Johannes Steffen	59
Tagungsbilanz	68

Vorwort

Nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes leben mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland unterhalb des Sozialhilfeniveaus. Mit anderen Worten: Von den 15 Millionen Kindern in Deutschland haben 2,5 Millionen Kinder schlechtere Bildungschancen und ein hohes Gesundheitsrisiko. Besonders hoch ist das Risiko, in Armut zu leben, für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, für Kinder von Alleinerziehenden und für Kinder in Ostdeutschland.

Dass Kinder in Armut leben, bedeutet nicht nur materielle Defizite. Das heißt, dass Kinder hungrig in die Kita oder in die Schule gehen. Das heißt, dass Eltern ihre Kinder von der Schulspeisung abmelden. Das heißt, dass diese Kinder oft genug keine Kultur- oder Bildungsangebote nutzen können, weil zum Beispiel das Geld für den Vereinsbeitrag fehlt. Das heißt, es gibt Kinder, die nicht zur Geburtstagsfeier ihres Schulkameraden gehen, weil sie kein Geschenk mitbringen könnten. Kinderarmut heißt: Armut an Bildung, Armut an gesellschaftlicher Teilhabe, ja sogar Gefahr für die Gesundheit.

DIE LINKE fordert auf lange Sicht die Einführung einer individuellen und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung als eigenständiges soziales Sicherungssystem für alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder.

In einem ersten Schritt müssen mit Hilfe der Instrumente Kindergeld und Kinderzuschlag alle Kinder aus dem Sozialgeldbezug herausgeholt werden. Kinder unter 18 Jahren sind nicht mehr als Teil von Bedarfsgemeinschaften für den Bezug von Regelleistungen nach dem SGB II zu behandeln. Der Kinderzuschlag wird ergänzend zum Kindergeld zu einer zusätzlichen Leistung für Kinder von Eltern mit geringen Einkommen und Kinder von EmpfängerInnen von ALG II oder Sozialhilfe ausgebaut, der ihnen, in Abhängigkeit von der Höhe des Haushaltseinkommens den Zugang zu ihrem soziokulturellen Existenzminimum in Höhe von 420 Euro garantiert.

Wir fordern die Abschaffung der Mindesteinkommensgrenze, die die Mehrheit der AntragstellerInnen um den Kinderzuschlag bringt. Wir schlagen darüber hinaus vor, dass die Beschränkung der Zahlung auf 36 Monate abgeschafft wird. Armut richtet sich schließlich nicht nach dem Kalender!

Auf der Fachtagung am 07. Mai 2007, die unter dem Thema „Kinder brauchen mehr. Die Eckpunkte der Linksfraktion für eine Kindergrundsicherung in der Diskussion“ stattfand, wurden ebendiese Eckpunkte erstmals mit Verbänden, Vereinen und Institutionen diskutiert.

Das Ergebnis dieser Fachtagung möchten wir Ihnen heute mit dieser Zusammenstellung zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig möchte ich mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die regen und interessanten Debatten bedanken und würde mich freuen, wenn Sie uns auf dem Weg zu einem existenzsichernden Kindergrundsicherungsmodell begleiten.



Diana Golze

Abgeordnete der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Zusammenfassung vom 1. Hauptteil der Fachtagung

Zunächst begrüßte Frau Diana Golze, MdB DIE LINKE. alle Gäste und stellte das Thema der Fachtagung vor.

Sie brachte zum Ausdruck, welche Hoffnungen sie in diese Fachtagung setzte. Sie stellte als erstes im Überblick die Eckpunkte der Linksfraktion zur Kindergrundsicherung vor und erläuterte, weshalb diese als wichtig und richtig angesehen werden, um das Problem der Kinderarmut zu bekämpfen.

Die Grundauffassung der LINKEN ist, dass Kinder eine eigenständige Bevölkerungsgruppe sind, deshalb auch der Begriff der Kindergrundsicherung. Dadurch wird deutlich, dass Kinder eigene Ansprüche geltend machen können, unabhängig davon, wie es ihren Familien geht, haben sie einen Anspruch nicht arm zu sein. Laut einer Statistik von UNICEF befindet sich Deutschlands Kinderarmutsquote weltweit im Mittelfeld, während die nordischen Länder die geringste Kinderarmutsquote haben. Außerdem befindet sich die Kinderarmut seit Jahren im Anstieg, vor allem seit dem Inkrafttreten der sogenannten Hartz IV-Gesetze. Vor allem Kinder von Alleinerziehenden, Kinder in Ostdeutschland und Kinder mit Migrationshintergrund haben ein erhöhtes Armutsrisiko. Allerdings gibt es auch ein erhöhtes Risiko in Armut zu geraten, je mehr Kinder in einer Familie leben. Armut wirkt sich auf die Kinder durch Defizite im kulturellen Bereich sowie in der Bildung aus und sie tragen ein erhöhtes gesundheitliches Risiko. Außerdem zeigt die AWO-ISS Studie, dass Kinder aus ärmeren Familien im Vergleich zu Kindern aus Familien, die nicht in Armut leben, ein erhebliche kleineres soziales Netzwerk haben. Sie haben einfach kein Geld um in den Fußballverein zu gehen oder in die Musikschule. Auch werden Kinder aus den ärmeren Schichten im Allgemeinen schlechter benotet und auch oft verzögert eingeschult. Eine Möglichkeit, dem vorzubeugen ist, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern, was von der Kinderkommission im Deutschen Bundestag durch eine Gesetzesinitiative gefordert wird.

Die Kindergrundsicherung setzt sich zunächst aus dem Kindergeld und dem Kinderzuschlag zusammen. Deshalb soll in einem ersten Schritt das Kindergeld erhöht werden, damit es zumindest annähernd das Existenzminimum des Kindes deckt. Der Kinderzuschlag wird dann, je nachdem wie hoch das Einkommen der Familie ist, aufgestockt. Dazu muss aber erst einmal der tatsächliche Bedarf des Kindes ermittelt werden, am besten durch einen Warenkorb, der wirklich den Bedarf von Kindern ermittelt.

Damit soll sich dann auch der erste Workshop auseinander setzen, während sich der zweite Workshop mit dem Problem der Implementierung der Kindergrundsicherung in die sozialen Systeme beschäftigen soll.

Die Folien, die Frau Golze in der Präsentation benutzte, finden sich alle im Anhang dieser Broschüre wieder.

Als nächstes folgte das Referat von Herrn Professor Lutz, der sich an der Fachhochschule Erfurt mit dem Lehrgebiet „Besondere Lebenslagen“ beschäftigt.

Der Vortrag befindet sich ebenfalls in Gänze im Anhang, weshalb hier nur ein paar wesentliche Aspekte genannt werden. Auch er sieht Kinder als eine eigenständige Bevölkerungsgruppe und lehnt die bisherige Einteilung Kinder = Ehe und Familie ab. Das Ziel sollte seiner Meinung nach die Stärkung der Kinder und auch die Förderung der Kompetenzen der Familie sein. Das erreicht man aber eben nicht nur durch Geldleistungen, man muss die Familien auch sozial unterstützen. Seine zentrale Frage war, ob das Geld, wie viel auch immer, tatsächlich bei den Kindern ankommt, da es in einer Familie meist in einen Topf kommt, und dann gemeinsam daraus geschöpft wird.

Kinder werden entweder in Armut hinein geboren oder sie bricht über sie herein, aber sie haben keine Chance allein wieder dieser Situation zu entkommen. Sie sind stark in ihrer Autonomie eingeschränkt, in dem sozialen System, wie es im Moment besteht.

Aber Kinder können Armut auch bewältigen (Resilienz). Die Fähigkeit dazu ist allerdings von Kind zu Kind unterschiedlich, abhängig auch von dem jeweiligen Familienklima. Dazu hat Herr Prof. Lutz fünf Arten der Bewältigung zusammengefasst:

- Kinder nutzen Institutionen des sozialen Raumes, wie Familien- und stadtteilunabhängige Sozial- und Erfahrungsräume.
- Sie nutzen aktiv Personen ihres Netzwerkes, nicht nur Großeltern, sondern auch andere.
- Kinder bauen über Netzwerke, die sie von sich aus aufbauen, Brücken und erweitern ihren sozialen Handlungsraum – das machen Kinder von sich aus.
- Kinder versuchen gleichaltrige Beziehungen und Freundschaften einzugehen – Wir sagen als Ersatz für nicht funktionierende familiäre Kontexte.
- Kinder übernehmen interessanterweise auch elterliche Strategien des Sparens und des Knappheitsmanagements.

Die Frage, die sich daraus ableitet, ist, wie können wir die Kinder unterstützen und fördern? Wie können Kinder trotz ausgeprägter Risikokonstellation zu einer gesunden altersadäquaten Entwicklung in Wohlbefinden befähigt werden? Eine Lösung wäre, sie mit Geldleistungen zu unterstützen, eine andere ist die Stärkung eines positiven Familienklimas. Diese Stärkung muss so früh wie möglich einsetzen. Notwendig ist vor allem eine soziale Infrastruktur, die kindliche Lebenswelten und Kompetenzen fördert.

Kindertageseinrichtungen sind laut Prof. Lutz die institutionelle Basis eines Früherkennungs- und Unterstützungssystems, von dort aus lassen sich Beziehungen zu den Familien herstellen.

Ein Problem ist aber, dass nicht alle Kinder in einen Kindergarten gehen, gerade Kinder aus ärmeren Schichten werden eher nur zu Hause betreut. Deshalb müssen Kindertageseinrichtungen als Teil des Bildungssystems verstanden und integriert werden.

In der anschließenden Diskussion stellte Prof. Lutz zudem klar, dass er sich für eine Kindergartenpflicht, genau wie es eine Schulpflicht gibt, einsetzt. Außerdem wurde in der Diskussion deutlich, dass ein Großteil der anwesenden Experten mit Prof. Lutz einer Meinung sind, dass man die Kinder und die Familien nicht nur durch Geldleistungen unterstützen sollte, sondern auch durch andere flankierende Maßnahmen.

Den zweiten Vortrag hielt Herr Dr. Martens vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV), dort zuständig für Statistik und Modellrechnungen.

In unserem Steuersystem wird das Existenzminimum des Kindes als Kinderfreibetrag geregelt, das Kindergeld ist Teil des Einkommenssteuergesetzes. Das nur als theoretischen Hintergrund. Wenn man das Kindergeld um nur zehn Prozent erhöht, sinkt der Anteil der Familien, die in Armut leben, um einen Prozentpunkt, das entspricht aber in der Armutsbevölkerung immerhin schon 8 %, die dann nicht mehr in Armut leben würden. Von einer Erhöhung des Kindergeldes um 10 % würden 120 000 Familien mit 170 000 Kindern profitieren.

Der Kinderzuschlag spielt seit der Hartz IV-Gesetzgebung auch eine Rolle, aber nur eine geringe, da der Bereich, in dem der Kinderzuschlag gewährt wird, ein sehr kleiner ist. Von 800 000 Anträgen, die eingereicht wurden, um den Kinderzuschlag zu bekommen, wurde dieser nur 55 000 Familien bewilligt.

Die Forderungen von Dr. Martens sind dann auch die, dass das Kindergeld 2008 mindestens um 10 % erhöht werden müsste, um das Niveau von 2002 zu erreichen, und dass der Hartz IV-Regelsatz um 20 % erhöht werden muss. Außerdem hält er es für sehr wichtig, den Bedarf von Kindern wirklich zu ermitteln, z.B. durch einen Warenkorb.

In der Diskussion ergänzte Frau Golze noch, dass von 10 Anträgen zum Kinderzuschlag nur einer bewilligt wurde, und dass die Fraktion deshalb fordert, die Mindesteinkommengrenze, die es für den Kinderzuschlag gibt, wegzufallen zu lassen. Auch Herr Dr. Martens begrüßte es, die Grenze dafür auf Null festzulegen.

Des Weiteren wurde in der Diskussion bemängelt, dass man zu nah am bestehenden System bleibe, insbesondere auf das Beispiel Kindergeld bezogen, welches ja im Steuerrecht verankert ist. Das Kindergeld müsste, wie in anderen europäischen Ländern auch aus dem Steuerrecht ausgegliedert werden.

Es folgte dann der Vortrag von Herrn Johannes Steffen von der Arbeitnehmerkammer Bremen, zuständig für Sozialpolitik.

Herr Steffen führte zunächst ein wenig genauer in die von der LINKEN geforderte Kinder-grundsicherung ein. Ziel soll eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung von 420 € sein, die sich zusammensetzt aus 250 € Kindergeld und Kinderzuschlag, der maximal 170 € betragen soll. Damit soll das soziale kulturelle Existenzminimum des Kindes gedeckt sein, aber ohne Kosten der Unterkunft.

Die Ursache für Kinderarmut ist die Armut der Eltern, d.h. es würde durch die Kindergrund-sicherung keine armen Kinder mehr geben, aber die Armut der Eltern würde sich laut Herrn Steffen verfestigen. Außerdem ist er der Meinung, dass es den Kindern nichts nützen würde, wenn sie durch die Kindergrundsicherung rein rechnerisch nicht mehr arm sind, aber immer noch in Familien leben, die arm sind. Es würde sich an ihrem Umfeld und ihrer Situation nicht viel ändern, so Herr Steffen. Seiner Meinung nach kann die Armut der Kinder nur überwunden werden, wenn auch die Armut der Eltern überwunden wird.

Seine These war, dass das Armutsrisiko der Kinder maßgeblich bestimmt wird durch die Einkommens-situation ihrer Eltern, und nicht durch den Status des Kindseins. Das Existenzminimum der Kinder unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern abzusichern, verliert seiner Meinung nach Lebensrealitäten aus dem Blick. Kinder aus armen Familien würden weiterhin arm bleiben.

In der Diskussion zeigte sich, dass einige Schlussfolgerungen von Herrn Steffen auf Unverständnis stießen, so z.B. die Verfestigung der Armut der Eltern durch eine Kindergrundsicherung oder auch die Berechnung der Kosten der Unterkunft.

Kinder brauchen mehr

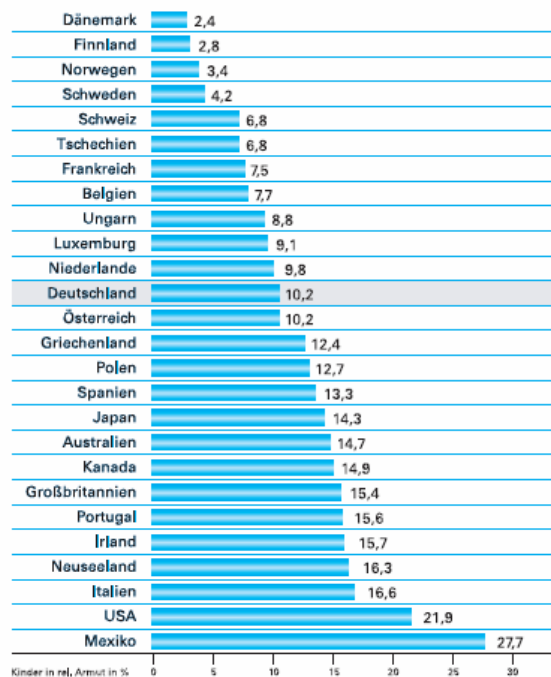
Kinderrechte und daraus abgeleitete LINKE Forderungen

Berlin, 7. Mai 2007

DIE LINKE.

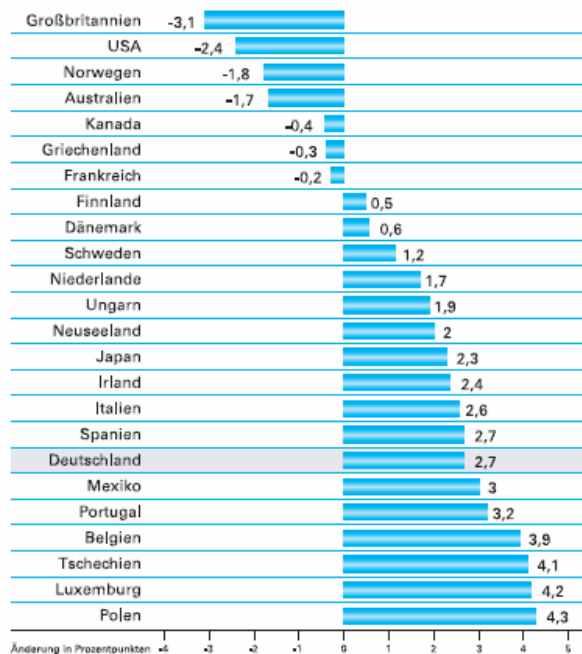
Grundlagen LINKER Politik für Kinder und Jugendliche

- Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit einem eigenständigen Anspruch auf einen Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen.
- Die LINKE hat den Anspruch, das Existenzminimum von Kindern eigenständig und nicht in Abhängigkeit von einem Familieneinkommen abzusichern.



Die Tabelle zeigt den prozentualen Anteil von Kindern in relativer Armut nach Ländern. Als relativ arm werden Haushalte mit einem Einkommen, das niedriger als die Hälfte des nationalen Durchschnittseinkommens ist, angesehen.

Quelle:
Unicef-Studie
„Kinderarmut
in reichen
Ländern“,
2005



Die Tabelle zeigt den Rückgang bzw. den Anstieg der Kinderarmut in den 90er Jahren in Prozentpunkten nach Ländern.

Quelle:
Unicef-Studie
„Kinderarmut
in reichen
Ländern“,
2005

Wer hat ein erhöhtes Armutsrisiko?

Vorrangig von Armut betroffen sind Kinder

- von Alleinerziehenden
- in Ostdeutschland
- mit Migrationshintergrund

Leistungsempfänger nach SGB II (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) und Kinder unter 15 Jahren als Sozialgeldbezieher in Bedarfsgemeinschaften mit ALG II-Bezug, Juli 2005

	Bedarfs- gemein- schaften	Leistungs- empfänger nach SGB II	Sozialgeld Kinder unter 15 Jahre	%-Anteil Sozialgeld Kinder unter 15 Jahre
Deutschland	3.562.741	6.451.496	1.630.180	13,4 %
Westdeutschland	2.294.566	4.253.187	1.159.502	11,3 %
Ostdeutschland*)	1.268.175	2.198.309	470.678	24,4 %

*) mit Berlin

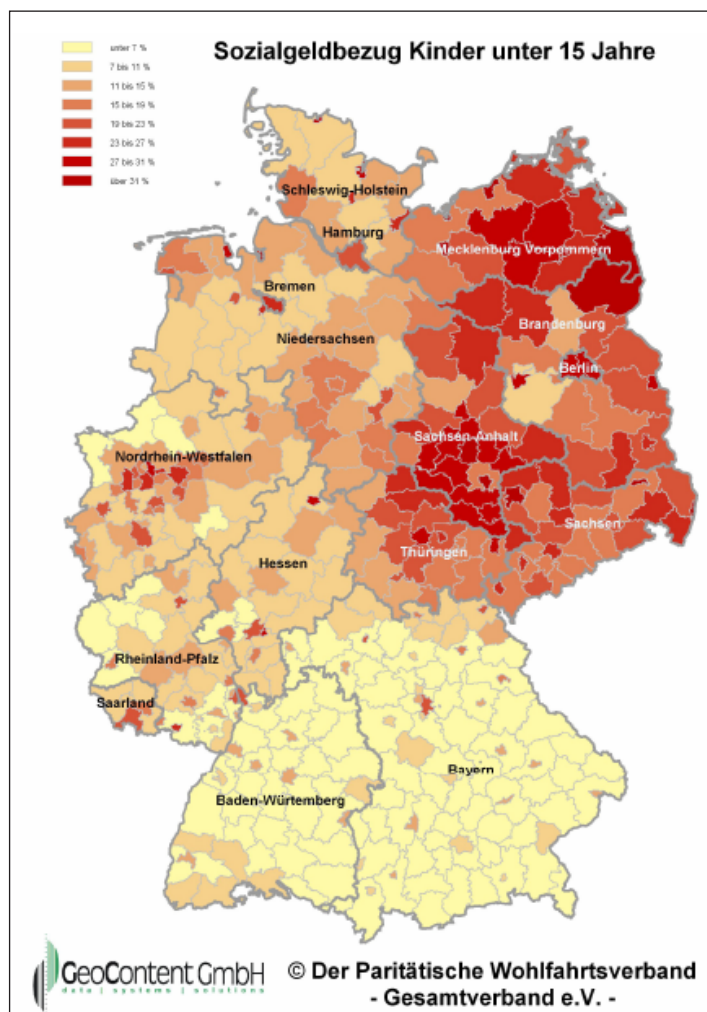
Quelle: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband „Zu wenig für zu viele“ - Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), 2005

Übersicht der Bundesländer absteigend geordnet nach dem %-Anteil der Sozialgeldbezieher bzw. Kinder unter 15 Jahren, Juli 2005

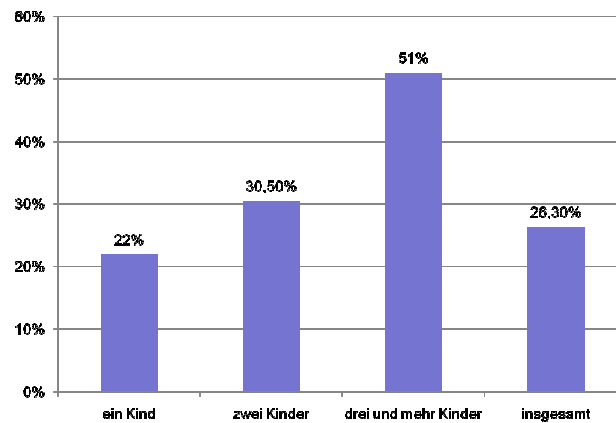
Bundesländer	Leistungs- empfänger nach SGB II	davon: Empfänger von ...			Prozentanteil SGB II an Bevölkerung		
		Arbeits- losen- geld II	Sozial- geld	Sozialgeld unter 15 J.	Sozial- geld unter 15 J.	Soz.gld. u. ALG II 0 - 65 Jahre	SGB II an Bevöl- kerung
Berlin	516.749	385.662	131.087	126.329	29,9%	18,1%	15,3%
Bremen	93.762	67.181	26.581	25.609	28,6%	17,6%	14,1%
Sachsen-Anhalt	356.607	280.433	76.174	73.790	26,7%	17,6%	14,1%
Mecklenburg-Vorp.	255.950	201.478	54.472	52.464	26,3%	18,0%	14,8%
Sachsen	513.605	403.722	109.883	105.289	22,4%	15,0%	11,9%
Hamburg	181.427	133.408	48.019	46.753	20,4%	12,7%	10,5%
Brandenburg	307.723	243.715	64.008	60.250	20,3%	14,6%	12,0%
Thüringen	247.675	193.435	54.240	52.556	20,1%	12,9%	10,4%
Schleswig Holstein	233.453	167.586	65.867	63.796	14,4%	10,1%	8,3%
Nordrhein-Westfalen	1.499.172	1.081.707	417.465	405.194	14,3%	10,1%	8,3%
Niedersachsen	618.098	438.701	179.397	174.029	13,6%	9,5%	7,7%
Saarland	78.496	57.662	20.834	20.166	13,6%	9,2%	7,4%
Hessen	391.734	278.897	112.837	107.216	11,7%	7,8%	6,4%
Rheinland-Pfalz	227.804	162.761	65.043	63.091	10,0%	6,9%	5,6%
Baden-Württemberg	443.315	314.528	128.787	123.929	7,2%	5,0%	4,1%
Bayern	485.926	352.871	133.055	129.718	6,6%	4,7%	3,9%
Deutschland	6.451.496	4.763.747	1.687.749	1.630.180	13,4%	9,5%	7,8%
Westdeutschland	4.253.187	3.055.302	1.197.885	1.159.502	11,3%	7,9%	6,5%
Ostdeutschland*)	2.198.309	1.708.445	489.864	470.678	24,4%	16,0%	13,0%

*) mit Berlin

Quelle: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband „Zu wenig für zu viele“ - Kinder und Hartz IV: Eine erste Bilanz der Auswirkungen des SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), 2005



Jede vierte allein erziehende Frau bezieht Sozialhilfe



Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfequoten

Entwicklung der Armutsrisiken* von Kindern und Jugendlichen in Deutschland 1998 bis 2001 (in %)

Haushaltstyp/ Nationalität	unter 7 Jahre			7 bis unter 18 Jahre		
	1998	2001	Veränderung	1998	2001	Veränderung
Deutsche	15,6	13,3	-2,3	13,1	14,2	1,1
AusländerInnen**	25,0	29,1	4,1	25,3	28,8	3,5
Kind/Jugendlicher aus Familienhaushalt***	15,4	11,7	-3,7	12,9	13,7	0,8
Kind/Jugendlicher aus Ein-Eltern-Familie	29,1	46,4	17,3	25,9	32,5	6,6
Kind/Jugendlicher ohne Geschwister	15,8	9,7	-6,1	9,0	10,0	1,0
mit einem Geschwister	13,8	13,1	-0,7	11,8	12,3	0,5
mit zwei Geschwistern	40,6	21,9	-18,7	21,4	22,0	0,6
mit drei+ Geschwistern	45,7	54,3	8,6	35,2	48,1	12,9

* Weniger als 50 Prozent des Durchschnittsnettoeinkommens im Monat (nach Haushaltsbedarfen der alten OECD-Skala gewichtet).

** Hier: Kind lebt in einer Familie mit einem nicht-deutschen Haushaltsvorstand.

*** Kind lebt mit beiden Eltern oder mit einem Elternteil plus Partner(in) zusammen.

Datenbasen: SOEP 1998 und 2001.

Quellen: Berechnung des DIW; eigene Darstellung

ISS

Wie wirkt sich Armut auf die Kinder aus?

- als materielle Armut (materielle Deprivation)
- als soziale Armut (soziale Exklusion)
- als kulturelle Armut
- als gesundheitliches Risiko

Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von 6 Jahren mit Defiziten im ... (1999)

Lebenslagebereich	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Grundversorgung	40,0 %	14,5 %
Gesundheit	30,7 %	19,7 %
Soziale Lage	35,6 %	17,6 %
Kulturelle Lage	36,0 %	17,0 %

n = 693

Quelle: „Armut im Vorschulalter 1999“. Vgl. Hock/Holz/Slimmedinger/Wüstendörfer 2000: 50.

Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von 10 Jahren mit Defiziten im ... (2003/4)

Lebenslagebereich	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Grundversorgung	51,6 %	5,9 %
Gesundheit	25,8 %	19,1 %
Soziale Lage	34,6 %	12,9 %
Kulturelle Lage	37,7 %	12,6 %

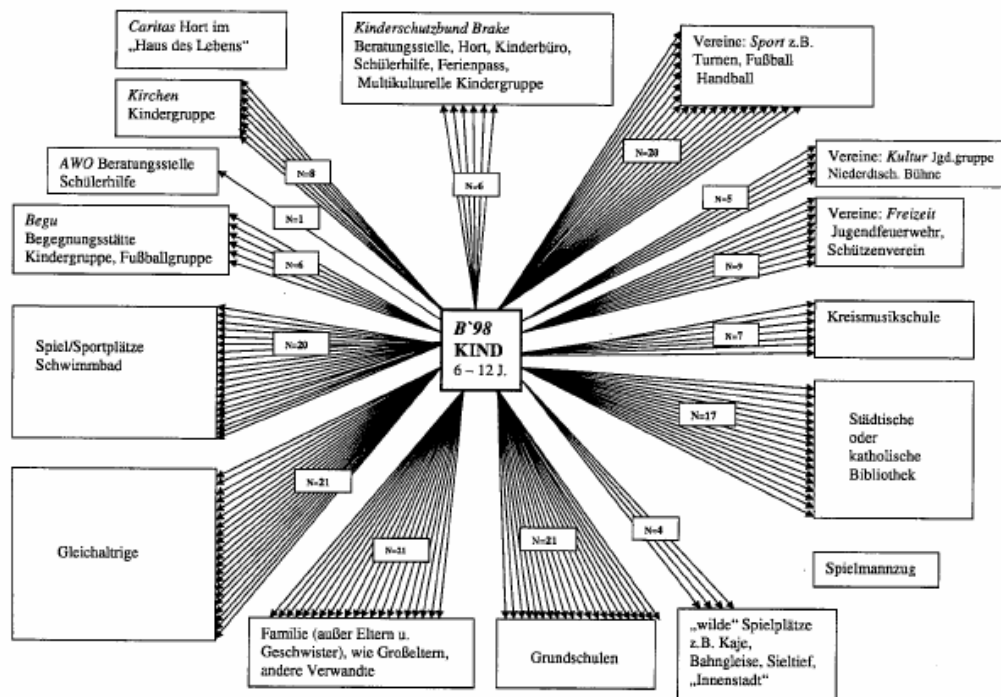
n = 500

Quelle: „Armut im späten Grundschulalter 2003/4“. Berechnung des ISS.

ISS

Soziale Ressourcen B`98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen der Kontrollgruppe

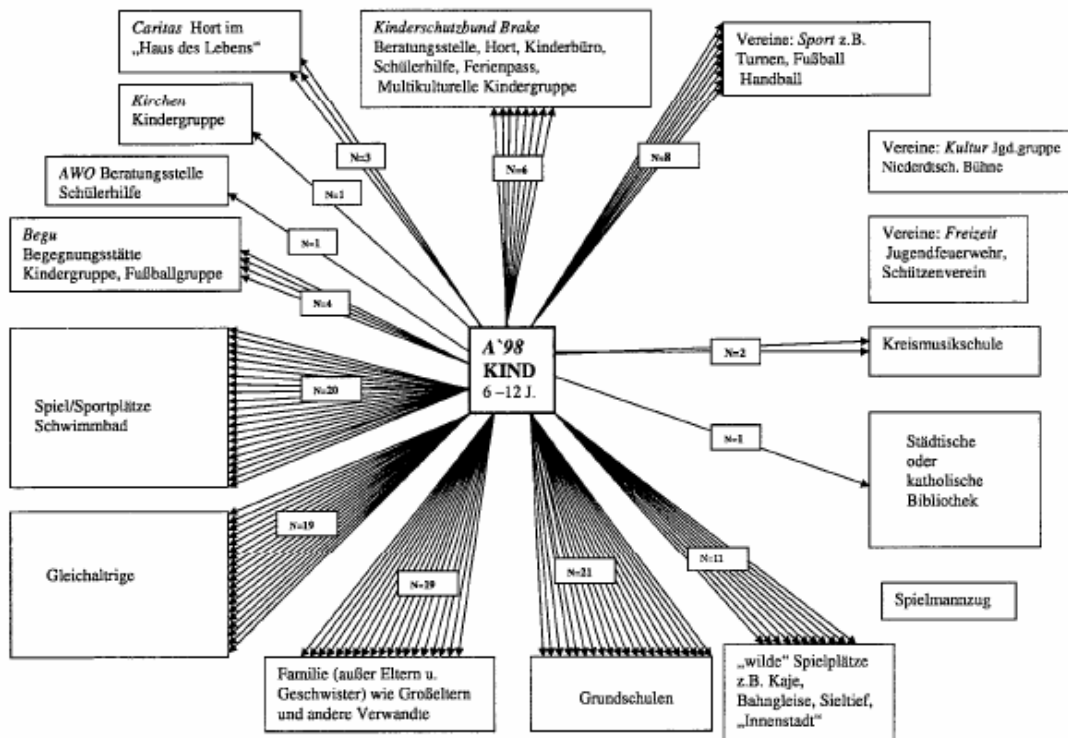
N = 21



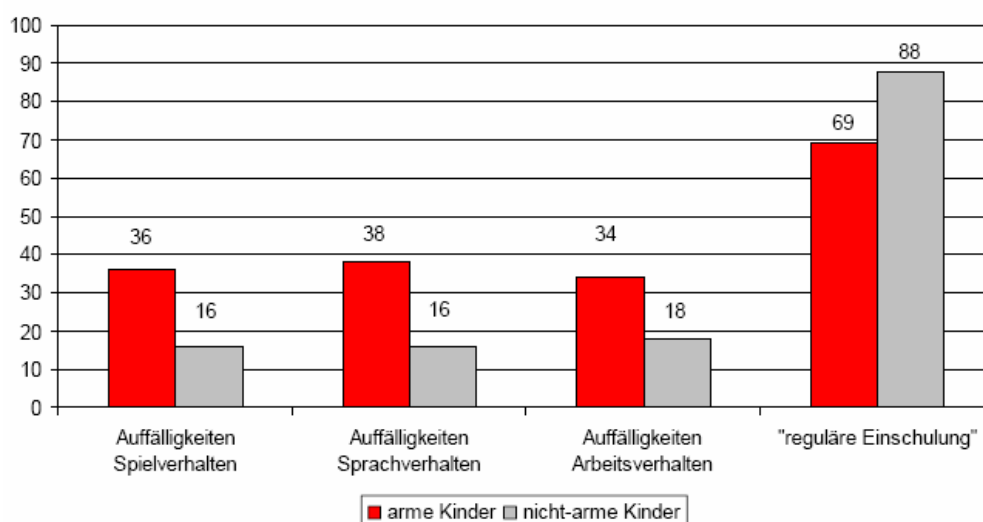
Aus: Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?

Soziale Ressourcen A`98: Kindspezifisches Netzwerk für Braker GrundschülerInnen in Unterversorgungslagen

N = 21



Armut und kulturelle Benachteiligung bei Sechsjährigen – 1999



Quelle: AWO-ISS-Studie, 2006

Durchschnittsnoten der Kinder in ausgewählten Haupt-/Nebenfächern nach familiärem Einkommensniveau – 2003/04

Familiäres Einkommensniveau 2003/04	Durchschnittsnote in...							
	Deutsch	Mathe-matik	Sach-kunde	Sport	Kunst	Musik	Werken	Religion, Ethik
Armut (< 50 %) (N = 164)	2,9	3,1	2,8	2,1	2,4	2,3	2,3	2,6
Prekärer Wohlstand (50 – 75 %) (N = 164)	2,7	2,7	2,4	2,0	2,2	2,3	2,1	2,3
Sicherer Wohlstand (> 75 %) (N = 179)	2,3	2,3	2,1	2,0	2,1	2,0	1,9	2,1

Lesehilfe: Die Kinder armer Familien erzielen in Mathematik eine Durchschnittsnote von 3,1 und in Religion von 2,6.
Quelle: „Armut im späten Grundschulalter 2003/04“; Berechnungen des ISS.

Der Einfluss von Kinderarmut auf die Bildungskarrieren

Bei armen Kindern im Vergleich zu nicht-armen Kindern:

- **sind zu frühe Einschulungen oder Rückstellungen häufiger**
- **sind Klassenwiederholungen häufiger**
- **sind die Durchschnittsnoten am Ende der Grundschule schlechter**
- **ist der Wechsel ans Gymnasium seltener, der Wechsel an Förder- und Hauptschulen jedoch häufiger**
- **ist die schulische/berufliche Prognose eher negativ**

Abgeleitete LINKE Forderungen

- **Kinderrechte in der Verfassung verankern**
- **Einführung einer Kindergrundsicherung**
- **Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe**
- **Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung**
- **Stärkung der Schulsozialarbeit**
- **Verbesserung des Qualifikationsniveaus von ErzieherInnen**
- **Recht auf Gesundheit im Bürgerlichen Gesetzbuch verankern**
- **Mehr Vernetzung zwischen den Akteuren des Kinderschutzes**
- **Lokale Angebote stärken – Kompetenzen im Kinderschutz bündeln**

LINKE Anforderungen an eine Kindergrundsicherung

Die LINKE Kindergrundsicherung geht von der Frage nach den Bedürfnissen von Kindern in verschiedenen Altersgruppen und dem finanziellen Bedarf für deren Befriedigung aus. Eine statistisch vom Bedarf Erwachsener abgeleitete Definition des Existenzminimums von Kindern ist immer nur die zweitbeste Lösung im Verhältnis zu einer fortlaufenden qualitativen Analyse des Bedarfs von Kindern. Armutszementierende Lösungen a la Hartz IV lehnen wir ab.

Der Weg zu einer LINKEN Kindergrundsicherung

- **Schritt 1: Das LINKE Kindergeld und der LINKE Kinderzuschlag**
- **Schritt 2: Ermittlung des Bedarfs von Kindern auf der Basis des Warenkorb für Kinder**
- **Schritt 3: Verankerung der individuellen und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung als soziales Sicherungssystem**

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

DIE LINKE.

Ronald Lutz

Wege aus der Kinderarmut. Die Bedeutung sozialräumlicher Vernetzung

Vorbemerkung

Kinderarmut hat sich inzwischen als essentielles Problem im Bewusstsein der Wissenschaft und der Politik festgesetzt. Nun beginnen seit kurzem endlich Debatten über Maßnahmen und Wege, die aus der Situation herausführen oder zumindest die Folgen sozialer Benachteiligung für Kinder abschwächen und mildern. Prinzipiell gibt es zwei Ansatzpunkte, um Wege aus der Kinderarmut zu diskutieren

- Die gesellschaftspolitische Ebene, die sich in der Herstellung von Teilhabegerechtigkeit und Bedingungen eines Guten Lebens für Alle darstellen lässt und eine Aufgabe in unterschiedlichen Politikfeldern ist.
- Die Ebene lokalpolitischer und sozialpädagogischer Maßnahmen, die sich in Interventionen und Prävention im sozialräumlichen Kontext und insbesondere in einer armutssensiblen Qualifizierung der Hilfesysteme zeigt.

An dieser Stelle soll nur der zweite Strang verfolgt und erörtert werden. Dieser wird vor allem durch Debatten über die sozialpädagogische und sozialräumliche Praxis geprägt, die an Projekten ansetzend Überlegungen zur Abmilderung der Armutsfolgen für Kinder anstellt. Dies ist insofern von großer Bedeutung, da es eben nicht ausreicht, Familien mehr finanzielle Mittel in die Hand zu geben, um langfristig Folgen von Armut bei Kindern zu beseitigen.

Hinter dieser These steckt die Frage nach der Verteilung von Ressourcen und Einkommen innerhalb der Familien. Eine Erhöhung des Kindergeldes oder gar eine Grundsicherung für Kinder, deren sozialpolitische Bedeutung unbestritten ist, führt nicht automatisch und zwangsläufig zu einer Verbesserung der Lage von Kindern. Zu fragen ist durchaus, was kommt davon bei den Kindern wirklich an. Das unterstellt nicht zwangsläufig, dass Eltern mehr Geld für ihre Kinder nicht immer auch für diese verwenden. Dennoch muss diese innerfamiliäre Ressourcenaufteilung im Blick bleiben; darauf haben Studien über die Realität kindlicher Lebenslagen hingewiesen.

Unabhängig davon sind die Lebenslagen von Menschen und insbesondere von Kindern nicht ausschließlich vom Einkommen geprägt. Das Heranwachsen geschieht in einem sozialen und kulturellen Kontext, innerhalb einer Infrastruktur von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, von sozialen Räumen und deren Angebote, die armutssensibel und für benachteiligte Kinder förderlicher entwickelt werden können. Dies ist keine Pädagogisierung des Armutsphänomens; da die Stärkung der Kinder bestehende und sie in ihren Lebenschancen einengende „Teufelskreise“ unterbrechen kann. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus zu fragen: was lernen Kinder, die dauerhaft in Benachteiligung leben? Lernen sie nicht auch sich darin einzurichten? Bedeutet dies nicht auch, dass sie sich in ihren Werten und Handlungsmustern an ein Leben in Armut und Benachteiligung adaptieren und dies als normal erlebend reproduzieren? Eine Stärkung der Kinder heißt zumindest deren Chance zur Teilhabe zu erhöhen um damit das „Sich-Einrichten“ zu problematisieren!

Noch einmal sei betont: Eine solche Position ergänzt und erweitert allerdings nur die Notwendigkeit armen Familien mit Kindern ein höheres Einkommen verfügbar zu machen, denn sie will den Skandal der Armut in einem reichen Land nicht durch Pädagogik aufheben oder ihn gar klein reden. Er bleibt als Herausforderung für die Politik bestehen. Dennoch kann und soll durch sozialpädagogische und sozialräumliche Maßnahmen jenes Ziele angegangen werden, Eltern zu fördern, damit diese ihre Kinder besser fördern können. Damit verbindet sich allerdings die Forderung nach einem anderen Blick auf Kinder und der Entwicklung einer eigenständigen Kinderpolitik.

Zugänge zu einem sozialpädagogischen Programm

Ein anderer Blick auf Kindheit, der für die Diskussion von Maßnahmen erforderlich ist und sich mittlerweile auch herausgebildet hat, diskutiert Kinder als eigenständige, selbstverantwortliche Wesen und räumt ihnen die Fähigkeit zu Autonomie, Partizipation und Gestaltungsfähigkeit ein. Wenn Kinder ein Recht auf Anerkennung und auf Selbstbestimmungsmöglichkeiten erhalten, verschiebt sich der Blickwinkel von der Wächter-Perspektive einer behüteten Kindheit auf eine Akteursfunktion in Lebenslagen: Kinder werden Wesen, die sowohl ihre eigenen Bedürfnisse artikulieren als auch ihre eigene Situation darstellen und gestalten. Es geht dann nicht mehr nur darum sie zu beschützen, es geht vielmehr darum mit ihnen die Spielräume ihrer Lebenslagen zu reflektieren. Dies heißt insbesondere auch bestehende Maßnahmen zu hinterfragen, inwieweit sie kindgerecht sind und weitere Maßnahmen zu entwickeln, die aus der Perspektive der Kinder deren Chancen und Autonomie stärken.

Aus der Armutsforschung wissen wir, dass Kinder sehr wohl in benachteiligten Lebenslagen als aktive Subjekte agieren, so nutzen sie Institutionen, Personen ihres Netzwerkes, vor allem Verwandte, sowie familien- und stadtteilunabhängige Sozial- und Erfahrungsräume. Sie versuchen zudem über vorhandene Netzwerke Brücken zu bauen und sind bestrebt ihren sozialen Handlungsraum zu erweitern. In ihrem Bemühen Lösungen zu finden sind vor allem Zugänge zu Verwandtschaft, Nachbarschaft und dem Sozialraum wichtig. Sie gehen Gleichaltrigenbeziehungen und Freundschaften ein und sind bemüht diese zu pflegen und zu entwickeln. Kinder nutzen vorhandene Spielräume und gestalten sie. Auch übernehmen sie durchaus elterliche Strategien des Sparens und des Knappheitsmanagements. Sie verstehen sehr wohl, die Lage ihrer Eltern und die daraus sich ergebenden Konsequenzen richtig einzuschätzen; es muss ihnen nur vermittelt werden.

Doch die kindlichen Bewältigungsversuche sind auch von vielen Ambivalenzen geprägt. Armut führt in vielen Familien, und auch das belegt die Forschung, mitunter zu einer Vergleichsgültigung im familiären Alltag. Der Medienkonsum, steigt, Vernachlässigungsphänomene nehmen zu; die Kinder fangen an auffällig zu werden und manche beginnen die Schule zu schwänzen. In benachteiligten Lebenslagen findet sich zudem eine stärkere Verwiesenheit auf eher traditionelle Kindheitsstrukturen mit weniger Wahlmöglichkeiten, die sich auch in einem rigideren Geschlechterbild niederschlagen. Mädchen entwickeln eine frühe Selbständigkeit, die sich darin zeigt, dass sie Funktionen der Mutter übernehmen, sich um jüngere Geschwister und den Haushalt kümmern; während Jungs früher nach außen gehen und sich in Gleichaltrigenbeziehungen flüchten und sich zugleich auch darin beweisen, ihre Identität suchen.

Wenn man so aber die Autonomie der Kinder in den Mittelpunkt stellt, sie als Subjekte und Akteure im sozialen Raum begreift, dann stellen sich jenseits eines familienzentrierten Blickwinkels andere Fragen an den Sozialisations- und Bildungsprozess und dessen Beeinflussung durch benachteiligende Lebensumstände. Entscheidend wird dabei vor allem, inwieweit Kinder ihre Autonomie auch noch in Armutssituationen besitzen und umsetzen können.

Vor diesem Hintergrund muss in einer kurzfristigen Perspektive, die an machbaren Lösungen orientiert ist, gefragt werden, wie können Kinder trotz der Armut ihrer Eltern stark gemacht werden, um somit ihre Autonomie und ihre Chancen im Leben, das ja noch offen und weit vor ihnen liegt, zu erhöhen.

Deshalb ist dieser andere Blick auf Kinder und Kindheit notwendig, der hier kurz eröffnet wurde; wir müssen diese aus der eingeengten Perspektive ihrer Umklammerung durch Familien lösen und den Blick auf sie selber richten. Darin sehen wir ihre Eigenständigkeit und respektieren zugleich, dass sie handelnde Subjekte sind. Ihr Sich Einrichten bzw. ihre Reaktionen auf Benachteiligung müssen sozialpädagogisch aufgegriffen werden um ihnen darin Hilfestellungen zu ermöglichen die Folge dieser Benachteiligung zu bearbeiten. Dies aber bedarf kindorientierter Maßnahmen und einer eigenständigen Kinder- und Jugendpolitik, wobei die letztere hier nicht eingehend thematisiert werden kann. Sie ist aber ein notwendiges Projekt politischer Zuspitzungen.

Ich behaupte deshalb, dass ein chancenreicheres kindliches Leben trotz Armut durch eine sozialpädagogische und sozialräumliche Bearbeitung der Armutsfolgen möglich wird - zumindest können die Randbedingungen des Aufwachsens qualifiziert und armutssensibel entwickelt werden, um so Kindern Stärke und Chancen zu vermitteln. Gefordert sind offensive Programme, die nicht nur intervenieren sondern zugleich auch einen förderlichen Charakter haben. Hierzu sind Frühe Hilfe, aufsuchende Hilfen, Maßnahmen der Elternbildung, Vernetzungsstrategien im Sozialraum und die sozialräumliche Qualifizierung von Maßnahmen erforderlich. Das Zentrum dieser Aktivitäten kann dabei die Kindertageseinrichtung und eine lebensweltlich agierende Grundschule sein. Diese sozialpädagogischen

und sozialräumlichen Strategien, die Eltern fördern um Kinder zu fördern und darin direkt an kindlichen Lebenswelten ansetzen, sollen thesenartig dargestellt werden. Bevor ich aber auf dieses Programm eingehe sind noch drei weitere Anmerkungen erforderlich.

Zum einen sind die Armutsfolgen nicht für alle Kinder gleich. Studien belegen durchaus, dass das Familienklima sehr wohl Einfluss auf die familiäre Bearbeitung von Benachteiligung und damit auch auf die Folgen für die Kinder haben kann. Armut muss man zunächst einmal als eine Beeinträchtigung der Elternfunktionen sehen, da die Unterstützungs-, Ermöglichungs- und Vermittlungsfunktionen hinsichtlich der familiären Interessenverfolgung und der Begabungsförderung von Kindern sich abschwächen können. Es ist aber auch Beeinträchtigung im Umfang und den Qualitäten sozialer Kontakte der Kinder zu Verwandten, anderen Erwachsenen und Gleichaltrigen zu beobachten. Deutlich wird zudem, dass die Stärke und Dauerhaftigkeit der Folgen und der Auswirkungen auf die Elternfunktionen vom so genannten Familienklima abhängig ist. Damit wird der elterliche Umgang mit finanzieller Knappheit sowie die Stärke und die Schwäche der jeweiligen familiären Beziehungen beschrieben, Es wird zwischen einem eher positiven und einem eher negativen Familieneinkommen unterschieden.

Ein eher positives Familienklima, das die Bewältigung von Armut fördert und positive Wirkungen auf die Kinder hat, zeichnet sich u.a. durch folgende Kriterien aus:

- keine Überschuldung der Familie,
- keine beengten Wohnverhältnisse der Familie,
- keine regelmäßigen Streitigkeiten.
- regelmäßige gemeinsame Aktivitäten der Familie,
- eine andauernd hohe Berufsorientierung der Mütter,
- private Kontakte und Netzwerke,
- individuelle Faktoren der Eltern, auch abhängig vom jeweiligen Bildungsstand,
- eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Zukunftsorientierung

Viele dieser Familien mit einem eher positiven Familienklima benötigen selber kaum Hilfen, außer einem höheren Einkommen, sie organisieren sich trotz Benachteiligung im Rahmen ihrer Möglichkeiten adäquat, Dennoch sind Hilfen für die Kinder im Sozialen Raum auch hier sinnvoll und erforderlich. Schließlich geht es um die Kinder.

Ein eher negatives Familienklima, das für die Entwicklung der Kinder nicht gerade förderlich ist, lässt sich u. a. mit folgenden Kriterien diskutieren:

- Gefühl die Situation nicht bewältigen zu können,
- eingeschränktes situationsgerechtes Handeln der Eltern,
- fehlende Regenerations- und Ausgleichsmöglichkeiten der Eltern,
- eine eher negative Eltern-Kind-Beziehung,
- kaum Investitionen in die Zukunft der Kinder.

Diese Erkenntnis über die unterschiedlichen Familienklimas ist für Maßnahmen essentiell. Maßnahmen sind nämlich vor allem dann erforderlich, wenn Kinder nicht die notwendige Unterstützung erhalten und die Folgen der Armut ihre Entwicklung gefährdet. Diese Maßnahmen müssen dann aber so früh wie möglich greifen; sie müssen an den Eltern ansetzen aber die Kinder erreichen

Ziele dieser Maßnahmen müssen dann entweder darin liegen das Familienklima zu stärken um Kinder zu stärken oder es müssen andere Wege gefunden werden um Kinder gegen die Auswirkungen eines eher negativen Familienklimas zu schützen und sie generell gegen die Folgen von Armut stark zu machen. Damit verbindet sich auch die Erkenntnis, dass eine alleinige Stärkung der Familien nicht

alles ist. Es geht vor allem um die Stärkung der Kinder. Das kann in Familien geschehen, durch deren unmittelbare Beratung und Unterstützungsmaßnahmen im Familienalltag. Es kann aber auch außerhalb von Familien, in Institutionen und Orten des Sozialen Raums, organisiert werden, insbesondere in Kindertageseinrichtungen. Damit komme ich zu der zweiten notwendigen Anmerkung.

Die Überlegungen zu sozialpädagogischen Maßnahmen gegen die Folgen von Kinderarmut sind zum zweiten von Überlegungen zur Resilienz getragen. Dahinter verbirgt sich eine aktuelle Debatte über die Stärke von Kindern die jene These aufgreift, dass Kinder eben nicht passiv sind sondern handelnde Subjekte, die in unterschiedlicher Art auf ihre Umwelt reagieren und auf diese einwirken. Resilienz kann als eine psychische Widerstandsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen gegenüber biologischen, psychologischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken verstanden werden, die sich u.a. auch aus sozialer Benachteiligung ergeben. Der Begriff analysiert dabei nicht nur die Abwesenheit von Stärke und Schwäche, er schließt den Erwerb von Fähigkeiten zur autonomen Gestaltung mit ein und reflektiert die dafür notwendigen Settings. Klar ist dabei, dass diese Fähigkeiten, die unter Resilienz verdichtet werden, nicht angeboren sind sondern im Verlauf der Sozialisation erworben und verdichtet werden. Die Forschung hat dabei personale Ressourcen und andere Faktoren heraus gearbeitet, die förderlich sind, aber vor allem Schutzfaktoren in der Familie und im sozialen Umfeld, die zur Herausbildung von Resilienz führen.

Ohne diese vielfältigen Faktoren hier im Einzelnen zu würdigen kann festgehalten werden, dass Kinder auch dann stark werden können und damit widerstandsfähiger gegen Risiken sind, wenn die Bedingungen des Aufwachsens als belastet angesehen werden müssen. Eine der wesentlichsten Kontexte ist dabei eine Erziehungssituation, die ihnen eine gute und positive Selbsteinschätzung vermittelt sowie zur Autonomie befähigt. Insbesondere werden dabei positive und auch dauerhafte Bezugspersonen bedeutsam; dies können die Eltern sein, es können aber auch Verwandte und sogar Erzieherinnen und Lehrer sein.

Dieses Wissen ist für die Abmilderung von Armutsfolgen wichtig: trotz der prekären Lage und der massiven Benachteiligung können Kinder stark gemacht werden. So können sie mit ihrer Situation besser klar kommen und dies steigert ihre Chancen zu einer positiven Persönlichkeitsentwicklung, die ihnen Chancen im Leben öffnet und Armut in ihren Folgen nicht so massiv werden lässt. Es sind aber dort für die Herausbildung von Resilienz Maßnahmen erforderlich, wo Familien nicht aus eigener Zuständigkeit diese fördern können. Hierzu sind sozialpädagogische aber auch sozialräumliche Settings erforderlich, die Bedingungen des Aufwachsens unterstützen und flankieren.

Diese Überlegungen sind zum dritten, und das ist letztlich entscheidend zur Abmilderung der Folgen, von der Bedeutsamkeit des Brückenskapitals getragen. Unter Brückenskapital wird dabei jene Form sozialer Beziehungen verstanden, die Kontakte über das originäre und primäre Netzwerk hinaus organisieren. Dieses Kapital öffnet den Horizont der eigenen Welt und vernetzt mit anderen Welten, aus denen heraus sich Informationen und weitere Kontakte aufschließen lassen. Studien haben deutlich gemacht, dass benachteiligte Kinder sich Hilfen im Netzwerk organisieren. Dies geht von Verwandten bis zu Freunden, doch oft reicht dieses Netzwerk kaum über die eigene Lebenswelt hinaus. Damit aber verharren sie in den Erfahrungen und Prinzipien ihrer Welt. Erst Brückenskapital würde darüber hinaus gehende Erfahrungen und Wissensbestände verfügbar machen

Zum einen sind deshalb Institutionen und Orte erforderlich, die über das originäre Netzwerk hinaus gehen und Kontakte und Zugänge eröffnen; zum anderen muss genau diese Fähigkeit Brückenskapital zu bauen und zu nutzen als Sozialisationshilfe vermittelt werden. Beides gilt es zu erwerben und zu schmieden. Das aber geht weit über die Familien hinaus. So gewinnen andere Orte des Sozialen Raumes eine hohe Bedeutsamkeit in der Bearbeitung von Armutsfolgen

Sozialpädagogische Ansätze

Sozialpädagogische Ansätze um Wege aus der Armut zu ermöglichen bzw. um Konzepte zur Bearbeitung der Folgen zu diskutieren liegen in vielen Bereichen und insbesondere in einer Qualifizierung der Hilfesysteme, die armutssensibler werden müssen. Das Programm, das hier thesenartig vorgestellt wird, ist allerdings nur als ein Netzwerk zu verstehen. Es umfasst zwar einzelne Maßnahmen, sie werden aber nur in einer vernetzten Form Sinn. Geleitet sind diese Überlegungen von den zentralen Sozialpädagogischen Fragestellungen: Wie stärken und befördern wir Kinder und Familien in Armutslagen? Und wie kann eine Stärkung familiärer Kompetenzen aussehen, die vorbehaltlos und direkt beim Kinde ankommen?

Diese Fragen unterstellen einen Handlungsbedarf im System Sozialer Hilfen, den es kurz zu umreißen gilt. Vielfältige Analysen zur Lage armer Familien mit Kindern kommen dabei zu folgenden Bereiche, in denen weitaus stärker als bisher Hilfen und Unterstützung zu platzieren sind:

- Die Verhinderung von Armut und Benachteiligung durch die ökonomische Stärkung von Familien, die vor Allem aber eine Frage nationaler Politik ist.
- Die Intensivierung von Frühen Maßnahmen, die Familien und Kinder in Armutslagen stärken und die Folgen abschwächen.
- Den Ausbau und die Vernetzung von Frühwarnsystemen.
- Die Intensivierung und den Aufbau von Netzwerken und sozialen Infrastrukturen, die insbesondere Hilfe für Familien und für Kinder anbieten.
- Den Aufbau und die Vernetzung von Beratungs-, Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und Familien in schwierigen Lebenslagen.
- Der armutssensible Ausbau sozialer Infrastrukturen, die im Sozialen Raum Angebote für Kinder und Eltern machen.
- Die Qualifizierung bestehender Unterstützungssysteme.

In einer ersten eher allgemeinen Antwort auf diese Bedarfe lassen sich die folgenden Leitlinien formulieren, die für eine am Kind und dessen Lebenslage ansetzende sozialpädagogische Arbeit an den Folgen essentiell sind:

- Der Ausgangspunkt gelingenderer Hilfen zur Abmilderung von Armutsfolgen sind
- Frühe Hilfen, dabei sind Eltern mit kleinen Kindern als spezielle Zielgruppe zu betrachten. Dies kann durch regelmäßige Hausbesuche organisiert werden, die familienunterstützend wirken.
- Es müssen die Sozialisationshilfen für Kinder ausgebaut und qualifiziert werden, dies betrifft vor allem die Kindertageseinrichtungen aber auch die Grundschulen. Dabei werden die Kindertageseinrichtungen zu jenen zentralen Orten, über die sozialräumlich und auch bezogen auf andere Hilfesysteme Unterstützung qualifiziert werden kann.
- Die Übergänge von Kindertageseinrichtungen und Schulen sind, bezogen auf Kinder und Eltern, zu begleiten.
- Die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendhilfe ist zu intensivieren, Sozialarbeit ist an jenen Schulen fest zu installieren, in denen vorwiegend Kinder aus benachteiligten Lebenslagen beschult werden.
- Die kindlichen Lebenswelten sind durch einen sinnvollen und sozialräumlichen Ausbau sozialer Infrastrukturen und deren Vernetzung zu stärken.
- Die Familienhaushalte sind durch eine Stärkung ihrer Erziehungs- und Wirtschaftskompetenz durch Training und Beratung zu qualifizieren, insbesondere hinsichtlich der Stärkung und Entwicklung eines positiven Familienklimas. Hier sind auch bestehende Elternkurssysteme für benachteiligte Haushalte zu qualifizieren.

Der Ausgangspunkt *aller* Maßnahmen sind Frühe Hilfen. Das ist zuerst ein kommunizierendes und aufeinander abgestimmtes Netzwerk von Kindertageseinrichtungen und Familienbezogenen Hilfen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe - hierher gehören u.a. Aufsuchende Hilfen, Begleitende Hilfen, Tagespflege, Sozialpädagogische Familienhilfe, Erzieherische Hilfen. Dieses Netzwerk reagiert auf Probleme in einer abgestimmten Informations- und Reaktionskette und legt Zugänge zu Eltern um Kinder und deren Bewältigung von Benachteiligung durch die Unterstützung der Eltern zu befördern.

Die hohe Leistungsfähigkeit Früher Hilfen ist durch Studien vielfach belegt, daraus ergeben sich aber Kriterien, an die deren Wirksamkeit geknüpft ist Zentral ist eine frühzeitige, möglichst bereits mit der Geburt beginnende Intervention in jenen Familien, die offenkundig überfordert sind und nicht eigenständig, auf der Basis eines positiven Familienklimas, die Situation zum Wohle der Kinder bewältigen können. Hier ist auch eine Zusammenarbeit mit Kinderärzten und Hebammen im Rahmen der Reaktionskette erforderlich. Diese Interventionen, die einen je individuellen Zuschnitt und eine hohe Flexibilität der Helfer benötigen, müssen zudem längerfristig aufrechterhalten werden, dabei gehen die Helfer und Unterstützer direkt in die Familienhaushalte. Das kann im Rahmen der Tagespflege, der Sozialpädagogischen Familienhilfe und anderer Hilfesysteme geschehen.

Diese Kontakte bedürfen einer Hohen Intensität, das bedeutet, es sind mehrere Hausbesuche in der Woche erforderlich. Sie sind inhaltlich geprägt vom Aufbau und der Entwicklung verlässlicher Beziehungen zu Erwachsenen, die dem Aufbau von Resilienz dienen. Ermöglicht werden soll auch Schutz und Sicherheit für die im Haushalt lebenden Kinder. Wesentlich für den Erfolg ist zudem ein fokussiertes Arbeiten innerhalb eines breiten Spektrums vernetzter und abgestimmter Hilfsangebote: von konkreten Hilfen in der Alltagsgestaltung bis zur Unterstützung des Zusammenlebens mit Kindern.

Opstapje ist bspw. ein Förderprogramm für kleine Kinder aus Familien, die auf Grund ihrer Lebenssituation (Armut, Arbeitslosigkeit, Migration, Trennung und Scheidung) nur unter erschwerten Bedingungen Kinder großziehen können. In diesem aufsuchenden Programm werden Eltern dazu angeregt, sich mit ihren Kindern zu beschäftigen, sie in ihren Bedürfnissen besser zu verstehen und für deren Signale sensibler zu werden. Das Ziel ist dabei die Erweiterung des Repertoires an Interaktionsmöglichkeiten. Dieses Projekt setzt auf drei Ebenen an, die vor allem Resilienz fördern: am Kind, an den familiären Beziehungen und am sozialen Kontext. Es geht nicht um die Korrektur von ungünstigen Verhaltensmustern, sondern vor allem um die Einführung positiver Interaktionsmöglichkeiten in die Familien, um somit die Anreicherung der Erfahrungswelt der Kinder zu erreichen.

Wesentlich für Opstapje ist der aufsuchende Charakter, die Niedrigschwelligkeit; es ist ein Hausbesuchsprogramm und dauert zwei mal 30 Wochen. Es stellt die Befähigung der Eltern in den Vordergrund und will ein positives Familienklima herstellen. Durchgeführt wird es von semiprofessionellen Kräften; von Menschen mit einer hohen sozialen Kompetenz und eigenen Erfahrungen mit der Zielgruppe und im Umgang mit kleinen Kindern. Diese Hausbesucher sollen zudem für die Familien ein akzeptables Modell abgeben, insbesondere was Erziehung und Lebensführung anbelangt. Neben den Hausbesuchen werden zudem Gruppentreffen organisiert. Als besonders bedeutsam hat sich die Vernetzung mit anderen sozialen Institutionen und Organisationen in der Kommune und im Stadtteil herausgebildet.

Aufsuchende und begleitende Hilfen müssen viel stärker als bisher die Kinder im Fokus haben. Maßnahmen mit und in der Familie müssen immer vor diesem Hintergrund überdacht und geplant werden: die Abmilderung der Folgen für die Kinder und die Erhöhung derer Chancen – das nämlich meint die Ausbildung von Resilienz. Vielfach sind aber noch immer die Probleme der Kinder in der Familienhilfe angesichts einer Vielfalt lebensweltlicher Probleme der Familien nachrangig. Diese Form der Unterstützung steht deshalb oft vor einem unauflösbaren Dilemma der Hilfe: der banale Alltag der Familie mit ihrer Vielfalt von Problemen steht im Vordergrund. Das aber heißt im notwendigen Kontext einer Qualifizierung dieser Hilfe, dass aufsuchende Fachkräfte nicht alles „übernehmen“ können. Notwendig ist vielmehr auch eine begleitende Weiterverweisung an spezielle Hilfen, vor allem auch für die Eltern. Dies erfordert ein vernetztes und abgestimmtes Helfen. So aber sind Frühe Hilfen ein wichtiger Teil eines jeden Frühwarnsystems und einer abgestimmten Vorgehensweise im Sozialen Raum, die sich vor allem auf die Entwicklungschancen des Kindes fokussieren muss.

Mit Frühen Hilfen verbinden sich in der internationalen Debatte auch Kontinuität der darin implizierten Förderung, dies zeigt sich auch in der Organisation kindlicher Übergänge von Kindertageseinrichtungen in den Schulalltag. So gibt es Programme (bspw. in den USA), die Kinder bis in die ersten Schuljahre hinein begleiten und fördern. Dies geschieht dann oft auch in Zusammenarbeit mit den Eltern: in so genannten Child-Parent-Center-Programmen werden Kinder zusammen mit Eltern auf die Schule vorbereitet; bspw. durch Erziehungs-Workshops, Lesegruppen, Teilnahme am Schulleben und anderen Maßnahmen. Zweifelsohne gibt es Ansätze auch bei uns, doch dies reduziert sich zumeist auf ein Schnuppern der Kinder im Schulalltag. In dem hier diskutierten Kontext geht es aber eigentlich um die Förderung begleiteter Übergänge und der Beteiligung von Eltern daran. Sicherlich kann man dagegen halten, dass die Eltern für so etwas nur schwer zu motivieren sind. Das ist sicherlich richtig. Doch Eltern, die bereits frühzeitige Hilfen erhielten, muss man hierzu nicht motivieren – sie sind es bereits. Die begleitende Förderung dieser Übergänge ist lediglich eine weitere Maßnahme im Gesamtkontext Früher Hilfen.

Und eigentlich bin ich davon überzeugt, dass Eltern in solchen Maßnahmen dann einen Gewinn sehen, der sie motiviert, wenn dadurch ihr Leben weniger konfliktreich verläuft. Wenn Hilfen dies erreichen, einen Gewinn also, und nicht als Strafe verstanden werden, dann werden sie letztlich auch positiv aufgenommen.

Für diese begleiteten Übergänge bieten sich durchaus Modelle aus den USA und aus anderen Ländern an, in denen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sehr eng zusammen arbeiten. Langfristig halte ich es ohnehin für sinnvoll, beide Bereiche der Bildung und Erziehung stärker im Kontext der Elementarerziehung zusammen zu führen. Dies ist zugleich auch ein Plädoyer für einen weiteren Ausbau von Ganztags-schulen.

In der BRD kann zumindest dort angesetzt werden, wo es eine solche Zusammenarbeit oder Gesamtschulen bereits gibt oder wo Grundschulen sich stärker als früher an der Lebenswelt der Kinder orientieren. Die bestehende Zusammenarbeit kann dabei armutssensibler werden und sich stärker an der Förderung benachteiligter Kinder und deren Eltern orientieren, indem diese in die Begleitung des Überganges einbezogen werden.

Noch viel weiter geht ein Konzept, das verschiedene Akteure koordiniert und sich stark lebensweltlich entwirft. Die so genannte Vensterschool, ein Modell aus Groningen in Holland, kann ein Beispiel für die Bedeutung von Vernetzung im Sozialraum geben; dabei könnte es auch Vorbild für Ganztagsschulen werden. Vensterschool bedeutet, frei übersetzt, „Fensterschule“ – und es meint eine zum Stadtteil und zu dessen Menschen, Akteuren und Organisationen offene Schule. Das Konzept geht von der Erkenntnis aus, dass Kinder bereits im Elementarbereich heterogene kognitive, emotionale und habituelle Ressourcen aufweisen; um diese zu fördern müssen Unterstützungsangebote für eine gelingende Bildungsteilhabe im frühen Lebensalter ansetzen. Konsequenterweise sind diese Offenen Schulen eine Kombination verschiedener Schulen und anderer Organisationen, die zusammen arbeiten, folglich vernetzt sind. Die Offene Schule (Vensterschool) bündelt dabei als Koordinator alle Anstrengungen der einzelnen Einrichtungen und macht mehr aus ihnen. Alle Beteiligten bemühen sich um ein großes und gemeinsames Angebot an Bildung, Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Beratung, Sport, Spiel, Musik und anderer Aktivitäten. Sie führen auch die Organisationen zusammen, die ansonsten isoliert arbeiten würden, wie Kindergärten, Grundschulen, Vereine, Sozialarbeit und Beratungsstellen. Von diesen Offenen Schulen kann, analog zu Kindertageseinrichtungen, auch der Hausbesuch von schwierigen Familien organisiert werden.

Diese Offene Schule ist so mehr als eine Schule: sie ist das pulsierende Herz eines Wohnbezirks, das Kindern, ihren Eltern und anderen Bewohnern Aktivitäten bietet und das Leben im Wohngebiet nachbarschaftlich neu entwickelt. Die Kinder gehen in die Schule und sie gehen zugleich nach der Schule am gleichen Ort in die außerschulische Betreuung; dort werden Hausaufgaben betreut, es wird gespielt, es wird gekocht, es werden Bewegungsaktivitäten angeboten. Die Akteure des Wohnbezirkes, auch die Eltern, können mit einbezogen werden, es können Elternkurse laufen, es können die Übergänge von der Kindertageseinrichtung in die Schule begleitet werden

Frühe Hilfe leben zudem von einer Frühwarnkette, die auch einem abgestimmten Informations- und Reaktionssystem besteht. Sie bedarf insofern einer Vernetzung im Sozialen Raum. Soziale Frühwarnsysteme, die in letzter Zeit vor allem im Kontext von Kindesvernachlässigung in der Debatte waren und in vielfältigen Formen institutionalisiert wurden, besitzen darüber hinaus auch eine wesentliche Bedeutung bei der Bearbeitung von Armutsfolgen. Ohnehin ist Vernachlässigung zumeist nur eine späte und dramatische Auswirkung von Benachteiligung, indem Familien ihre schwierige Lage nicht mehr bewältigen können.

Soziale Frühwarnsysteme leben von der Vernetzung von Organisationen im Sozialen Raum, sie müssen früh erfassen, warnen und reagieren. Hierfür entwickeln sie Kriterien und Sensoren, die Anzeichen von Fehlentwicklung im Entstehungsprozess erkennen und Institutionen informieren, die unmittelbar reagieren, bspw. durch Hausbesuche und das Angebot Früher Hilfen. Solche Frühwarnsysteme sind eigentlich immer virtuell vorhanden, sie müssen nur lernen sich als Netzwerk zu verstehen, hinzugefügt werden muss dann nur noch das Nutzbarmachen von Instrumenten hinsichtlich Information und Reaktion.

Die institutionelle Basis eines Früherkennungssystems und entsprechender Maßnahmen der Frühförderung kann m. E. die Kindertageseinrichtung sein. Dies hat aber zur Voraussetzung, dass gerade benachteiligte Kinder auch dort hingehen müssen. Politische Maßnahmen, die Eltern mit Geld ausstatten, wenn sie ihre Kinder nicht in die Kindertageseinrichtung bringen und zuhause selbst betreuen, sind extrem kontraproduktiv.

Beispiele gibt es durchaus: So finden sich Kindertageseinrichtungen, die sich als „Haus der Familie“ verstehen und lebensweltorientierte Zugänge zu Familien mit kleinen Kindern suchen. Der Kontakt wird dabei über die Kinder hergestellt; die Einrichtung wird zu einem Begegnungs- und Kommunikationszentrum, von ihr gehen aufsuchende Hilfen aus, die Alltagsunterstützung und begleitende Weiterverweisungen organisieren. Die Kindertageseinrichtung öffnet sich zum Alltag der Kinder und der Eltern hin, sie ist Aspekt und Dienstleister eines Sozialen Raumes, in dem Kinder mit ihren Eltern leben.

Die Kindertageseinrichtungen können so als Zentrum einer sozialen Infrastruktur begriffen werden, die Frühe Hilfen anstößt, sie bündelt und strukturiert. Durch ihre sozialräumliche Verortung können sie unmittelbar Benachteiligung aufgreifen, thematisieren und somit Kinder fördern und deren Entwicklung begleiten. Von hier aus können die begleitenden Übergänge in den Schulalltag organisiert und umgesetzt werden. Dabei werden die Kinder als handelnde Subjekte begriffen, über die oft Zugänge zu ihren Familien gelegt werden können. Das Ziel dieser Aktivitäten ist letztlich die Förderung und Unterstützung der Familien in ihrem Alltagsverhalten, in ihrem Erziehungsverhalten und in ihrer Haushaltsgestaltung um ein Positives Familienklima zu befördern was letztlich die Resilienz der Kinder fördert und deren Chancen erhöht.

Darüber hinaus muss die alltägliche Arbeit in den Einrichtungen armutssensibler werden, sie ist vor dem hier diskutierten Hintergrund zu qualifizieren. Das bezieht sich vor allem auf die Interaktionsebene in den Kindereinrichtungen. Benachteiligte Kinder bedürfen mitunter einer gezielten Förderung hinsichtlich:

- Bildungs- und Sprachförderung
- Gesundheitsförderung, insbesondere gesunde Ernährung und Bewegungsprogramme
- Stressbewältigung
- einer gesundheitsförderlichen Rhythmisierung des Alltags durch Ruhe- und Aktivitätsphasen in den Einrichtungen
- Lernzyklen und Vorschule
- Entwicklung von Verständnis und Sensibilität für ihre Lebenslage bei anderen Kindern

Die Qualifizierung der Interaktionsebene bezieht sich aber auch auf Eltern, diese gilt es zu beraten und zu sensibilisieren, auch füreinander. Dies kann durch eigens hierfür konzipierte Erziehungswshops geschehen. Hierzu stehen vielfältige Programme bereit, so u. a. das Programm des Deutschen Kinderschutzbundes „Starke Eltern – starke Kinder“. Es können so auch kostenlose Elternkurse für Risikofamilien angeboten werden – bis hin zur Hauswirtschaftlichen Beratung und einer neu zu konzipierenden Hauswirtschafts- und Familienbildung für arme Eltern.

In dieser Richtung war das Programm zur Armutsprophylaxe angesiedelt, das sich der Haushaltsführung benachteiligter Haushalte widmete. Kann Haushaltsführung überhaupt eine aktive Rolle bei der Armutsbewältigung spielen? Die Übernahme von Verantwortung, die Aspekt eines Positiven Familienklimas ist, bedarf zweifellos einer aktiven Haushaltsführung; dies umfasst Kompetenzen wie ökonomisches Wirtschaften, Fertigkeiten der Haushaltsführung, Orientierungs- und Entscheidungsfähigkeit, Aufschließen von Ressourcen. Arme Haushalte agieren unter erschwerten Bedingungen und in ungünstigen Lebenslagen; das reicht von der Wohnlage über die Wohnung bis hin zum sozialen Umfeld, es ist zudem stark vom Einkommen, den Perspektiven und den Zukunftschancen geprägt. Klar ist: Benachteiligte Haushalte benötigen eine Förderung und intensive Unterstützung beim Erwerb haushälterischer Handlungskompetenz.

Auf diese Lage reagierte in den Jahren von 200 bis 2002 Armutsprophylaxeprogramm der Bundesregierung, das über verschiedene Träger Kurse in benachteiligten Stadtteilen mit dem Ziel anbot die Haushalts- und Familienkompetenzen sowie die Entwicklung von Fähigkeiten zur Alltagsgestaltung von armen Haushalten zu stärken. es ging konkret um die Qualifizierung der Haushaltsführung, Inhalte waren dabei u.a. Finanz-, Organisations- und Zeitmanagement sowie Sozial- und Kommunikationskompetenz. Das Projekt war von einem ökosozialen Ansatz geprägt: die Haushalte sollten lernen, was es wo an Unterstützung gibt, um ihre Situation eigenständig zu verbessern.

Als Zentrum sozialräumlicher Hilfeangebote kann die Kindertageseinrichtung Ausgangs- und Anlaufpunkt aufsuchender Krisenhilfe und Gesundheits- sowie auch Haushaltsberatung sowie der gezielten Hausaufgabenbetreuung sein. Damit erweitert sie letztlich ihre Zuständigkeit, auch über das Kindergartenalter hinaus, und würde sich zu einem Familienzentrum weiter entwickeln.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist bspw. derzeit dabei Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren zu entwickeln, ein sicherlich richtiger Weg. Diese sollen wichtige Knotenpunkte in einem neuen Netzwerk werden, das Kinder individuell fördert und Familien umfassend berät und unterstützt. Ziel ist dabei die Zusammenführung von Bildung, Erziehung und Betreuung als Aufgabe der Kindertageseinrichtungen mit Angeboten der Beratung und Hilfe für Familien. Die Förderung von Kindern und Unterstützung der Familien können dann Hand in Hand gestaltet werden.

Sozialräumliche Ebene

Das implizite Curriculum des hier vertretenen Ansatzes ist ein erweiterter sozialräumlicher Blick. Dabei sollen Hilfen nicht nur in der jeweiligen Lebenswelt angeboten werden, sie sollen zudem die bisherige Spezialisierung aufheben und einen eher ganzheitliche Zugang entwickeln.

Die kommunale Sozialarbeit ist vor allem „konditional programmiert“, entstanden durch eine Addition von Fachgesetzen, die individuelle Leistungsansprüche festlegen. Diese versäulte Struktur ist entstanden, weil für jedes soziale Problem, das politisch als erheblich anerkannt wurde, ein neues Leistungsangebot geschaffen wurde. Das hat zu hoch spezialisierten Berufsbildern und Einsatzbereichen geführt.

Diese Spezialisierung steht aber seit einiger Zeit unter Druck, da sie im Kontext von Armut und Ausgrenzung zunehmend dysfunktional wird: Armut und Ausgrenzung bilden sich als besonders benachteiligte Lebenslagen in Problemquartieren ab, in dem vielfältige Problemlagen gleichzeitig auftreten und eigentlich als Probleme nicht mehr isoliert behandelt werden können.

Kommunale Sozialpolitik muss sich deshalb tendenziell von ihrer Versäulung und der damit einhergehenden Spezialisierung lösen. Armut und Ausgrenzung müssen als ein Querschnittsthema begriffen werden, dem man nur mit einer kommunalen Sozialpolitik als einer Lebenslagenpolitik beikommen kann. Eine neue Mixtur aus einzelfallbezogenen, im Sozialraum angesiedelten, Hilfen und lebenslagebezogenen Strukturmaßnahmen sind erforderlich. Dies wird in der Fachdebatte schon seit geraumer Zeit als „Sozialraumorientierung der Hilfen“ bzw. als der Weg vom „Fall zum Feld“ diskutiert. Nicht mehr der einzelne Fall ist der Adressat, die Lebenslage des Quartiers, der Sozialraum, wird zum Adressatenfeld.

Notwendig wird eine Integrierte Sozialraumplanung, die von einem weiten Begriff des Sozialen ausgeht, der sich an den Konzepten der „Lebenslage“ festmachen lässt. Das sozialwissenschaftliche Lebenslagenmodell ist ein fruchtbarer Ausgangspunkt planerischer Prozesse. Dimensionen der Lebenslage von Menschen sind u. a. Wohnen, Bildung, Arbeit, Mobilität, Gesundheit, Ernährung, soziale Beziehungen, Partizipation, Kultur und Freizeit und subjektives Wohlbefinden. Lebenslagen, die sich in Sozialräumen abbilden, umfassen Menschen von jung bis alt, Männer und Frauen; lebensweltliche Sozialräume bestehen so u. a. aus Jugendeinrichtungen, Kultureinrichtungen, Senioreneinrichtungen, Freiräumen, Parkplätzen, Spielplätzen, Sportanlagen, Schulen, Infrastrukturen, Kaufhäusern, Gebäuden, Straßen und lokaler Ökonomie, die auf Menschen einwirken und zugleich von ihnen genutzt werden. Lebenslagen sind somit geprägt und beeinflusst von Sozialem, Kulturellem, der bebauten und der nicht bebauten Umwelt sowie Ökonomischem; und dies in vielfältigen Wechselwirkungen.

Vor diesem dargestellten Hintergrund ist eine Sozialraumplanung zu entwickeln, die jene integrative Bedeutung von Lebenslagen und Räumen aufnimmt, und notwendigerweise zu einer integrierten Sozialraumplanung und -gestaltung wird; zu einem Prozess also, der vielfältige Planungen zu einem Ganzen, an Lebenslagen orientiert, integriert. Neben der integrierten Betrachtung von Lebenslagen, die sich jenseits der isolierten Zuständigkeit einzelner Hilfearten ergibt, hat dies auch den Vorteil, dass räumliche Komponenten stärker als bisher in den Vordergrund treten, die sich aus dem Einbezug, der Vernetzung und der Aktivierung von Akteuren ergeben können.

Vor dem Hintergrund der hier diskutierten Ansätze zur Abmilderung von Armutsfolgen für Kinder wird das zentral und hat Komponenten, die es zu integrieren, zu vernetzen und zu entwickeln gilt:

- Sozialraumorientierung meint zunächst eine Vernetzung der Einrichtungen im Stadtteil und über diesen hinaus; dies bedeutet auch eine Öffnung zum Stadtteil und den Einbezug weiterer Akteure in die eigene Tätigkeit. Es meint aber auch, die Lebenslage in ihrer Komplexität zu sehen und den Sozialen Raum als Ort der Unterstützung zu betrachten.
- In den Sozialen Räumen ist die Etablierung lokaler Netzwerke zwischen Jugendhilfe, Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Schule, Kinderschutz, Medizin, Beratungsstellen, Quartiersmanagement, Wohnungswirtschaft und Ehrenamtlich Tätigen erforderlich, die zu einem Frühwarnsystem mit einer abgestimmten Reaktionsmodus zusammen wachsen können
- Im Rahmen vorhandener bzw. zu etablierender Strukturen der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements kann die Stärkung von Nachbarschaftsstrukturen durch Aktivierungsprozesse und die Entfaltung von Teilhabepotentialen angestrebt werden. Hier können dann auch Präventionsorientierte Projekte und Netzwerke auf Stadtteilebene unterstützt und befördert werden.
- Sozialräumlich können Maßnahmen auch über das Quartiersmanagement und im Kontext von Programmen (Soziale Stadt, Gesunde Stadt, Programme zur Stadtentwicklung) zur Förderung eines sicheren und anregenden Wohnumfeldes angeregt und umgesetzt werden. Dabei können auch entwicklungsförderliche Kinder- und Familienbezogene Infrastrukturen, insbesondere Freizeitangebote wie Ferienspiele und ähnliches, angeschoben und entwickelt werden.
- Zugleich sind neue Orte erforderlich, die mit innovativen und integrierten Konzepten arbeiten, ich denke da an Familienhäuser oder auch an Mehrgenerationenhäuser. Es können so auch Gesundheitszentren für Mütter mit Kleinkindern aufgebaut und etabliert werden, die regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen durchführen bzw. spezielle Trainingsmodule für Kinder und Eltern ab der Schwangerschaftsvorbereitung anbieten.
- Auf sozialräumlicher Ebene können die Möglichkeiten eines kostenlosen Besuchs von Büchereien und anderen kulturellen Einrichtungen umgesetzt werden. Auch besteht die Möglichkeit mit Sportvereinen dahingehend zu kooperieren bzw. deren Arbeit so zu fördern, dass benachteiligte Kinder kostenlosen Zugang zu Bewegungsangeboten finden.
- Stadtteil- oder Sozialraumkonferenzen, die es ja mittlerweile vermehrt gibt, können diese Aktivitäten vernetzen; sie können Entwicklungen in den Sozialen Räumen diskutieren und Konzepte einfordern, die darauf reagieren. Zugleich können sie die Wirkungen von Maßnahmen erkennen und deren Zielgenauigkeit einfordern. Als steuerndes Element dieser Prozesse ist ein Sozialraummanagement erforderlich, das als Ergebnis integrierter Planungsansätze zu etablieren ist.
- Die erforderlichen Sensoren im Sozialraum stehen mit regelmäßigen Berichterstattungen und Sozialraumanalysen, mit Expertenbefragungen, mit Daten der Wohnungswirtschaft und mit Analysen der prozessproduzierten Daten aus der Jugendhilfe und den Beratungsstellen zur Verfügung. Letztlich ist eine Quartiersbezogene Sozialarbeit - Gemeinwesenarbeit, Straßensozialarbeit, aufsuchende und begleitende Hilfe, der vielleicht wichtigste Sensor. Ohne diesen erblindet die Kommune.

Schluss

Ich will mit einer Vision enden: ich stelle mir vor, dass sich alle Kommunen in ihrem Leitbild zur Verantwortung für Kinder bekennen, für alle Kinder, und deren Entwicklungschancen als besondere Herausforderung begreifen, vor allem die der benachteiligten Kinder. Das aber führt zu Familien- und Kinderpolitischen Sozialraum- und Stadtentwicklungskonzepten, die sich in einer kindgerechten Planung und Gestaltung einer sozialen Infrastruktur niederschlagen, die präventiv gegen die Folgen von Armut bei Kindern agieren.

Literatur

Altgeld, Thomas/Hofrichter, Petra (Hrsg.): Reiches Land - arme Kinder, Frankfurt am, Main 2000

Bohn, Irina (Hrsg.): Resilienz – Was Kinder aus armen Familien stark macht, ISS-Aktuell 2/2006

Butterwegge, Christoph: Wege aus der Kinderarmut, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2006

Chasse, Karl-August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm, Opladen 2003

Holz, Gerda/Skoluda, Susanne: Armut im frühen Grundschulalter, Frankfurt am Main 2003

Holz, Gerda: Lebenslagen und Chancen von Kindern in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2006

Kessel, Fabia/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital, Wiesbaden 2004

Lutz, Ronald: Kinder, Kinder ...! Bewältigung familiärer Armut, in: neue praxis 1/2004, S. 40-61

Lutz, Ronald: Neue Herausforderungen für die Stadtgesellschaft, in: Ronald Lutz (Hg.): Befreiende Sozialarbeit. Skizzen einer Vision, Oldenburg 2005, S. 77-111

Lutz, Ronald: Gemeinwesenarbeit und Sozialraumplanung, in: Soziale Arbeit 6/2007

Projekt Netzwerke im Stadtteil (Hrsg.): Grenzen des Sozialraums, Wiesbaden 2004

Richter, Antje: Wie erleben und bewältigen Kinder Armut, Aachen 2000

Reißlandt, Carolin/ Nollmann, Gerd: Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2006

Thiele-Wittig, Maria: Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9/2003

Walper, Sabine: Psychosoziale Folgen von Armut für die Entwicklung von Jugendlichen, in: Unsere Jugend, 9/2001, S. 380-389

Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut, Wiesbaden 2005

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

Prof. Dr. Ronald Lutz
FH Erfurt / FB Sozialwesen
Vortrag am 7.5.2007
Berlin

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Zentrale These: Vom Kinde aus:
eigenständige Kinder- und Jugendpolitik**
- **Zum einen gesellschaftspolitische Aufgabe in
verschiedenen Politikfeldern; Frage: wie kindgerecht
sind familienpolitische Leistungen**
- **Zum anderen: Lokale Aufgabe durch die
Qualifizierung und Vernetzung der Hilfesysteme;
Frage: wie kindgerecht sind die Leistungen**
- **Armut und Benachteiligung als Querschnittsaufgabe**
 - **Und: Maßnahmen erschöpfen sich nicht in Geldleistungen!**
 - **Klares Ziel: Stärkung der Kinder und Förderung familiärer
Kompetenzen zur Förderung von Kindern**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Vom Kinde aus!**
- **Frage: Was macht Armut mit den Kindern?**
- **Armut und Benachteiligung: Belastung und Risikopotential für Kinder hinsichtlich Bildung, Gesundheit, sozialer und kultureller Kompetenzen**
- **Beeinträchtigung von Teilhabemöglichkeiten und Verwirklichungschancen**
- **Inwieweit vermitteln Armutssituationen noch Autonomie?**
- **Und: Wie produktiv sind arme Kinder im Vergleich mit Kindern in materiell besseren Lebenslagen?**
- **Wie sehen kindliche Lebenslagen aus?**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- ***Versorgungs- und Einkommensspielraum***
- **Innerfamiliäre Ressourcenaufteilung bezogen auf die Grundversorgung (Ernährung, Kleidung, Wohnen, Finanzen)**
- **Taschengeld für Kinder bzw. Verwendung verfügbaren Geldes**
- **Kindliche Wahrnehmung des Einkommensspielraums der Familie**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- ***Kontakt - und Kooperationsspielraum***
 - familiäres soziales Netzwerk (Brücken-Kapital)
 - kindliches Netzwerk (Schule, Nachbarschaft)
 - soziale Teilhabemöglichkeiten (Schulfahrten, Geburtstage, Einschränkungen durch die Eltern u.a.)
 - Nutzungsmöglichkeiten von sozialer Infrastruktur (z.B. öffentliche und private Angebote für Kinder und Jugendliche, Vereine)
 - Spiele- und Freizeitmöglichkeiten

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

Vom Kinde aus!

- Kindliche Autonomie und ihre Einflußnahme (Gestaltung) auf die Umwelt betrachten
 - Kinder werden in Armut hinein geboren oder sie bricht über sie herein
 - Kinder haben keine Chancen ihre Armut aus eigener Kraft zu bewältigen
 - Kinder erleben Armut in einer völlig anderen Weise als Erwachsene
 - ◆ Kinder werden in ihrer Autonomie erheblich eingeschränkt
 - ◆ Kinder erfahren Beschränkungen **in ihrer weiteren Entwicklung**
 - ◆ Aber: Kinder bewältigen Armut unterschiedlich, These der Resilienz
 - ◆ Kinder agieren in und trotz Armut! (Netzwerke, Interpretationen, Handlungen etc.)

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

1. **Kinder nutzen Institutionen und familien- sowie stadtteilunabhängige Sozial- und Erfahrungsräume**
2. **Kinder nutzen aktiv Personen ihres Netzwerkes, vor allem Verwandte**
3. **Kinder bauen über vorhandene Netzwerke Brücken und erweitern ihren sozialen Handlungsraum**
4. **Kinder versuchen Gleichaltrigenbeziehungen und Freundschaften einzugehen, zu pflegen und zu entwickeln**
5. **Kinder übernehmen elterliche Strategien des Sparens und des Knappheitsmanagements**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Kinder nutzen Spielräume und gestalten sie**
- **Kindliche Autonomie steigert sich mit dem Grad der Ressourcen, die ihnen in der Familie verfügbar gemacht werden (Familienklima)**
 - **Neben materiellen sind auch ideelle Ressourcen wichtig**
 - **Neben eigenen Leistungen der Eltern sind Zugänge zu Verwandtschaft, Nachbarschaft und dem Sozialraum wichtig**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

■ **Ambivalenzen kindlicher Bewältigungen**

- **Armut = Vergleichsgültigung im familiären Alltag:**
 - Medienkonsum, Vernachlässigung
 - Schule schwänzen
- **Armut = Verwiesenheit auf eher traditionelle Kindheitsstrukturen mit wenig Wahlmöglichkeiten**
 - Geschlechterspezifische Entwicklungen

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

■ **Zwischenfazit**

- **Kinder sind nicht passiv, sie handeln!**
- **Familien haben unterschiedlich Handlungs- und Bewältigungsmuster; abhängig von sozialen Ressourcen (Brücken-Kapital), dem Familienklima, dem Bildungsstand**
 - **Also: Frage nach Bewältigung – und wie diese gefördert werden kann - ist (fast) wichtiger als die Frage nach den Folgen der Benachteiligung**
 - **Deshalb: Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern durch gezielte Förderung**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Weg vom Defizit hin zur Ressource**
 - Gibt es Schutzfaktoren?
 - Wie lässt sich ein Bewältigungspotential aufbauen?
 - Wie lässt sich Resilienz fördern?
- **Zentrale Frage: Wie können Kinder trotz ausgeprägter Risikokonstellationen zu einer gesunden, altersadäquaten Entwicklung in Wohlbefinden befähigt werden?**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Stärkung ökonomischer Kontexte von Kindern durch Geldleistungen**
- **Stärkung lebensweltlicher Kontexte von Kindern Stärkung (Resilienz)**
 1. **Stärkung eines positiven Familienklimas**
 2. **Stärkung sozialräumlicher Kontexte**
 3. **Stärkung der Zugänge zu Bildung!**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Einwand und Hinweis: Gefahr einer Pädagogisierung der Armut!**
 - Stärkung der Kinder in Armutslagen kein Ersatz für eine gerechtere Verteilung von Gütern
 - Allerdings: Stärkung der Kinder kann „Teufelskreise“ unterbrechen (was lernen Kinder, die dauerhaft in Benachteiligung leben? Sich darin einzurichten!)
 - Stärkung heißt: Chance der Teilhabe erhöhen!
 - Stärkung heißt: über Frühe Hilfen zur Aktivierung und Bewältigung beitragen!

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Stärkung durch Geldleistungen**
- **Direkte Zahlungen an Eltern!?!**
- **Direkte Leistungen für Kinder fördern: Bildung, Schulfahrten, Mahlzeiten, Kultur, Freizeit, Sport, etc.**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Thesen einer Kindbezogenen Armutsprävention (Stärkung lebensweltlicher Kontexte)**
 - Sozialisationshilfen für Kinder ausbauen
 - Frühe Hilfen, Eltern mit kleinen Kindern als spezielle Zielgruppe
 - Übergänge in Kindertageseinrichtungen und Schulen begleiten
 - Stärkung und Entwicklung kindlicher Lebenswelten durch den Ausbau sozialer und raumbezogener Infrastrukturen
 - Stärkung der Erziehungs- und Wirtschaftskompetenz von Eltern durch Training und Beratung

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Lebensweltliche Kontexte Handlungsbedarf**
 - Intensivierung von Frühen Maßnahmen, die Familien und Kinder in Armutslagen stärken und die Folgen abschwächen
 - Beratungs-, Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder und Familien in schwierigen Lebenslagen (Vernetzung und Ausbau!)
 - Intensivierung von Maßnahmen (armutssensibel): Frühwarnsysteme, Ausbau sozialer Infrastrukturen, subjekt- und raumorientierte Angebote, Qualifizierung der Maßnahmen (Home-based, Center-based)

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Ausgangspunkt *aller* Maßnahmen: „Frühe Hilfen“**
- **Frühe Hilfen, ein Netzwerk von:**
 - Kindertageseinrichtungen
 - Familienbezogenen Hilfen im Rahmen der Jugendhilfe (Tagespflege, SPFH, Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe)
 - Frühförderung: interdisziplinäre Frühförderstellen, sozialpädiatrischen Zentren, Fachärzte, pädagogischen und therapeutischen Fachkräften
 - Sowohl Home-Based als auch Center-Based

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **„Frühe Hilfen“ als Armutsprävention**
- ❖ **US-Studien: Hohe Leistungsfähigkeit Früher Hilfen**
- ❖ **Wirksamkeit ist an Bedingungen geknüpft:**
 - Frühzeitige und längerfristige Intervention
 - Hohe Intensität, mehrere Hausbesuche in der Woche
 - Ermöglichung von Schutz, Sicherheit und verlässliche Beziehungen zu Erwachsenen (Resilienzfaktoren)
 - Flexibilität und individueller Zuschnitt
 - Fokussiertes Arbeiten innerhalb eines breiten Spektrums vernetzter und abgestimmter Hilfsangebote: von konkreten Hilfen in der Alltagsgestaltung bis zur Unterstützung des Zusammenlebens mit Kindern

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

■ „Frühe Hilfen“

- Kontinuität und Organisation kindlicher Übergänge in Kindertageseinrichtungen und Schule
- Center-Based-Programme in USA fördern Kinder bis in die ersten Schuljahre hinein
- Child-Parent-Center-Programme (Chicago): Kinder werden zusammen mit Eltern auf die Schule vorbereitet (Erziehungsworkshops, Lesegruppen, Teilnahme am Schulleben, etc.)

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

■ Zwischenfazit

- Hohe Bedeutsamkeit einer Sozialen Infrastruktur, die kindliche Lebenswelten und kindliche Kompetenzen fördert
- Problem: „Besonders die notwendige Kooperation und Vernetzung von Frühförderung und Jugendhilfe funktioniert in der Praxis noch nicht hinreichend“ (Hans Weiß)

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

■ Weitere Probleme im Unterstützungssystem

- Unterstützungswirkung ambulanter Jugendhilfeangebote für Kinder in den ersten sechs Jahren muss als begrenzt angesehen werden (Christine Köckeritz)
- Kaum Angebote, die Kinder beim Übergang in die Schule begleitend unterstützen (Hans Weiß)
- Es fehlt an interdisziplinären, träger- und ressortübergreifenden Kooperationen und am flächendeckenden Aufbau einer systematische Warn- und Förderkette vor Ort (Holz/Skoluda)

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

■ State of the Art

- Institutionelle Basis eines Früherkennungs- und Unterstützungssystems kann / sollte die Kindertageseinrichtung sein!
- Zentrum einer sozialen Infrastruktur, die Benachteiligung aufgreift, thematisiert, Kinder fördert und begleitet
- Kinder werden als handelnde Subjekte begriffen
- Zugang zu Familien: Förderung und Unterstützung der Familien im Alltagsverhalten, im Erziehungsverhalten, in der Haushaltsgestaltung, hinsichtlich Bewegung und Ernährung
- Dann aber: Gerade benachteiligte Kinder müssen dort auch hingehen!!
- Kindertageseinrichtungen: Teil des Bildungssystems

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Opstapje: Lebensweltorientierter Zugang (Gehstrukturen) zu Familien mit kleinen Kindern, Kontakt über die Kinder, aufsuchende Hilfen, Alltagsunterstützung, begleitete Weiterverweisung, Aufbau von Brücken-Kapital**
- **Haus der Familie als Begegnungs- und Kommunikationsort**
- **„Kiezmütter“**
- **Elternbildung: Starke Eltern - starke Kinder; Stärkung der Haushaltskompetenz; Abfederung und Begleitung kindlicher der Übergänge**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Lokalpolitische Ebene**
- **These I: Kommune ist in der Gestaltung einer sozialen Infrastruktur unmittelbarer und wirksamer**
- **These II: Familien- und Kinderpolitischer Anspruch des Staates wird erst in den Kommunen eingelöst und verwirklicht**
- **These III: Familien- und Kinderpolitik ist mit sozialpolitischen Zielsetzungen zu verbinden**
 - **Verlässliches Angebot sozialer Infrastruktur**
 - **Niedrigschwelliges Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebot**
 - **Armutsprävention als Gesamtaufgabe (Leitbild!)**
- **Allerdings: Die Ausgangslage für die Kommunen ist schlecht!?**
- **Und: Modellprojekte sind in ihrer realen Wirkung immer zeitlich begrenzt!**

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Lokalpolitik: Strukturelle Ebene**
- **Verbesserung sozialer Infrastruktur durch Vernetzung sozialer Akteure und durch gemeinwesenorientierte Instrumente:**
 - Etablierung lokaler Netzwerke zwischen Jugendhilfe, Kindertagesstätten, Jugendarbeit, Schule, Kinderschutz, Medizin, Beratungsstellen
 - Förderung eines sicheren und anregenden Wohnumfeldes
 - Gesundheitszentren für Mütter mit Kleinkindern
 - Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen
 - Stärkung von Nachbarschaftsstrukturen und Teilhabepotentiale durch Quartier- oder Sozialraummanagement
 - Soziale Frühwarnsysteme und Frühe Hilfen
 - Sozialräumliche Ausrichtung
 - Sozialraummanagement

Arme Kinder Folgen und Maßnahmen

- **Statt eines Schlusses: Qualifizierung „Neue Handlungsfelder“ einer „Kommunalen Familien- und Kinderpolitik“ (mit Blick auf Armutsprävention)**
- Frühwarnsysteme
- Innovationen in der Familienbildung (Stärkung der Haushaltskompetenzen; Starke Eltern - Starke Kinder)
- Stärkung der Familienselbsthilfe
- Familienratgeber (auch im Internet)
- Familienberichterstattung
- Familien- und kindersensibel: Baulandvergabe, Ganztagesbetreuung, Ferienprogramme, Schulwegeplanung, Elternschulung, Familienzentren, Mehr-Generationen-Häuser, Kinder- und Jugendbibliothek etc.

Dr. Rudolf Martens, Der Paritätische Wohlfahrtsverband - Gesamtverband:

Kindergeld und Kinderzuschlag – Reformpotenziale und Reformperspektiven aus empirischer und wissenschaftlicher Sicht

1. Kindergeld und Bruttoeinkommen von Ehepaaren und Alleinerziehenden¹

Deutschland ist das einzige Land in der Europäischen Union, in dem das Kindergeld im Einkommensteuergesetz geregelt ist. Entsprechend der Logik des Einkommensteuergesetzes wird das Kindergeld Eltern in erster Linie zur Steuerfreistellung der Kinderfreibeträge gezahlt. Die Kinderfreibeträge umfassen das sächliche Existenzminimum und darüber hinaus den Bedarf für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung des Kindes (§ 32 Abs. 6 EStG²). Soweit das Kindergeld nicht zur Steuerfreistellung erforderlich ist – weil die Eltern über kein oder nur ein geringeres zu versteuerndes Einkommen verfügen –, wird es ganz oder anteilig zur Förderung der Familie gewährt. Durch die Kombination von Förderung und Freibetragsregelungen stellt dieses System Familien mit hohen Einkommen effektiv günstiger als Familien mit niedrigeren Einkommen. Die meisten Familien befinden sich in einem Bereich, in dem das Kindergeld eine Doppelfunktion erfüllt: Einerseits enthält es einen Förderanteil, andererseits dient es gewissermaßen als vorgezogene Steuerzurückzahlung auf den Freibetrag des Existenzminimums des Kindes. Für diese Familien beträgt das faktische Kindergeld als Familienförderung deutlich weniger als 154 Euro. Der Förderanteil für mehr als die Hälfte der Familien bewegt sich typischerweise zwischen 10 und 130 Euro, im Durchschnitt etwa 50 Euro, pro Kind und pro Monat. Das bezogen auf 2005 ausgezahlte Kindergeld beträgt 34,7 Mrd. Euro, mit 44 % oder 15,3 Mrd. Euro sind weniger als die Hälfte davon familienfördernde Leistungen im eigentlichen Sinne, 56 % bzw. 19,4 Mrd. Euro dienen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums des Kindes.³

Im Jahr 2005 lebten insgesamt 20,7 Millionen minder- und volljährige Kinder in Familien (Ehepaare, Lebensgemeinschaften und alleinerziehende Elternteile).⁴ Davon waren 14,4 Millionen Kinder minderjährig. Nach Auskunft des Bundesministeriums der Finanzen wurde im Jahr 2005 für ca. 18,6 Millionen Kinder Kindergeld gezahlt. Ein Teil dieser Kinder lebt allerdings nicht im Haushalt der Eltern bzw. eines Elternteils.

1.1 Kindergeld: Förderanteil und Freistellung des Existenzminimums

Als Folge der Regelung des Kindergeldes im Einkommensteuerrecht ergibt sich ein Förderungsszenario, das in der Abbildung 1 und 2 dargestellt ist, bei den Modellrechnungen wurden Kirchensteuer und Arbeitnehmerpauschbetrag berücksichtigt. In Abbildung 1 ist das versteuerbare Bruttomonatseinkommen eines Haushaltes – Umrechnung des steuerpflichtigen Bruttojahreseinkommen auf Monatseinkommen – als x-Achse gegenüber der y-Achse, der monatlichen Entlastungswirkung durch Kindergeld bzw. Freibeträge, aufgetragen. Es ergeben sich zwei Kurven, bzw. Bereiche, die in Abbildung 1 farbig unterlegt sind: Zum einem der rote Bereich, der dem Förderanteil des Kindergeldes entspricht, sowie der blaue Bereich, der den Effekt der Kinderfreibeträge im Einkommensteuerrecht anzeigt.⁵ Insgesamt lassen sich vier Einkommenszonen unterscheiden:

¹ s. Martens, Rudolf (2007): Kein Spielraum für die Politik. Empirische Studie zur Entlastungswirkung und zu Verteilungseffekten des Kindergeldes.- In: Auf den Punkt gebracht. Empirische Beiträge zur aktuellen Diskussion über Kinderbetreuung und Familientransfers, Der Paritätische Wohlfahrtsverband (Gesamtverband) (Hrsg.) (2007), Berlin, S. 30-91; Internet: [http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/270249c5ea3a8405c12569fe00478ee6/d122c5ae6a28da31c12572b200286dfc/\\$FILE/publikation_web.pdf](http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/270249c5ea3a8405c12569fe00478ee6/d122c5ae6a28da31c12572b200286dfc/$FILE/publikation_web.pdf)

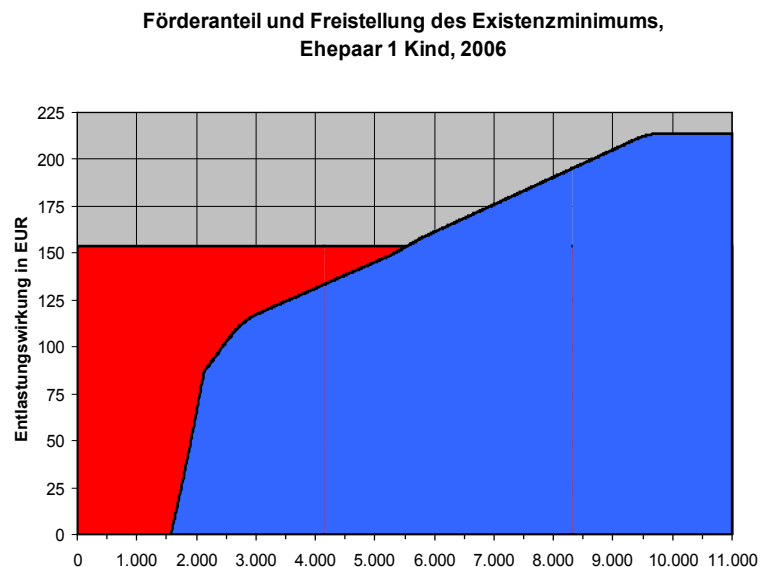
² EStG = Einkommensteuergesetz

³ BMFSFJ (Fraunhofer Institut FIT), „Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates“, Hintergrundpapier vom 15. Dezember 2006, vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 2002

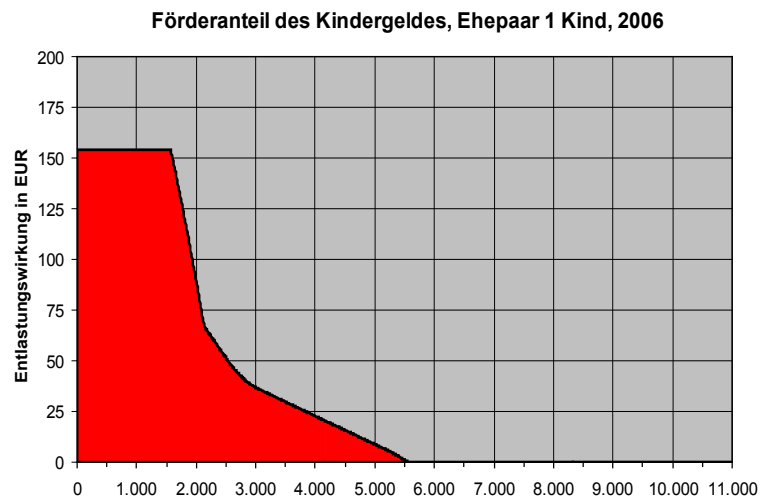
⁴ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Leben in Deutschland. Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Wiesbaden 2006, S. 50 (Die Ergebnisse des Mikrozensus wurden noch nicht veröffentlicht)

⁵ vgl. Dohmen, Dieter und Himpele, Klemens (2006): Umfinanzierung der elterlichen Kosten für den Schulbesuch der Kinder durch Kürzungen beim Kindergeld.- FiBS-Forum Nr. 34 (Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin); Internet (Abfrage März 2007): http://www.fibs.eu/de/sites/wgData/Forum_034.pdf

**Abb. 1:
Förderanteil
und steuerlicher**



**Abb. 2:
Förderanteil des
Kindergeldes
als Funktion des
versteuerbaren**



(1) Zwischen 0 und 1.600 Euro ist das Kindergeld als reine Förderleistung wirksam.

(2) Ab ca. 1.600 Euro versteuerbarem Bruttoeinkommen des Haushaltes beginnt der Bereich der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums. Von 1.600 bis 5.600 Euro existiert ein Einkommensintervall, in dem das Kindergeld in einer Doppelfunktion auftritt: zum einen als Förderleistung und zum anderen als Ausgleich für die Kindersteuerfreibeträge in der Einkommensteuer. Mit anderen Worten, Kindergeld fungiert hier wie eine vorgezogene Steuerzurückzahlung für den Freibetrag des Existenzminimums eines Kindes, was dazu führt, dass die Förderkomponente des Kindergeldes z. T. deutlich weniger als 154 Euro beträgt. Der Kurvenverlauf steigt dann weiter rasch bis 2.000 Euro an, knickt zwischen 2.000 Euro und 2.500 Euro um und ergibt dann eine weniger steile Kurve (die bis etwa 9.500 Euro reicht). Beispielsweise würde bei einem Familieneinkommen von brutto 3.000 Euro im Monat das faktische Kindergeld im Sinne eines Förderanteils 37 Euro betragen (Abbildung 2). Der Großteil der Familien mit Kindern bewegt sich in diesem Bereich (Bereich (2) in Abbildung 1), in der der Förderanteil des Kindergeldes weniger als 154 Euro pro Kind beträgt.

(3) Im dritten Bereich, ab ca. 5.600 Euro, ist der Freibetrag des Existenzminimums höher als das Kindergeld von 154 Euro.

(4) Ab ca. 9.500 Euro monatlichem, versteuerbarem Bruttoeinkommen wird die maximale Entlastung bei der Freistellung des Existenzminimums wirksam, die Freistellung des Existenzminimums eines Kindes wächst hier zu einem Maximalbetrag von 214 Euro an. Dieser Betrag liegt erheblich höher als das Kindergeld von 154 Euro im Bereich (1) - Kindergeld als reine Förderung - und im Bereich (2), in dem Kindergeld in einer Doppelfunktion als Förderung und als Freibetrag wirkt.

In Abbildung 2 ist der Förderanteil des Kindergeldes aus Abbildung 1 gesondert dargestellt – Einkommenszone (1) und (2). Die Abbildung soll verdeutlichen, wie hoch der Förderanteil des Kindergeldes in Abhängigkeit vom Bruttohaushaltseinkommen ist. Die Kurve repräsentiert den Förderanteil in Abbildung 1 (roter Bereich), der in Abhängigkeit vom Bruttomonatseinkommen eingezeichnet ist, und gewissermaßen die rote Fläche aus Abbildung 1 „spiegelt“. Entsprechend dieser „Spiegelung“ ist zu erkennen, dass das Kindergeld als Förderleistung ungeschmälert bis etwa 1.600 Euro reicht, danach sinkt der Förderanteil des Kindergeldes sehr deutlich zwischen 1.500 Euro und 2.000 Euro und knickt entsprechend der Abbildung 1 zwischen 2.000 Euro und 2.500 Euro ab, bei 5.600 Euro läuft der Förderanteil vollständig aus, hier schneidet in Abbildung 1 die Kindergeldgerade die Kurve, die das Existenzminimum beschreibt – in Abbildung 2 sinkt der Förderanteil auf Null.

Insgesamt erfüllt das Kindergeld eine Doppelfunktion. Zum einen werden bei einkommenssteuerpflichtigen Eltern über das Kindergeld die steuerlichen Kinderfreibeträge ausgeglichen. Dieser Anteil des Kindergeldes in Höhe von 19,4 Mrd. Euro kann nicht den familienfördernden Leistungen zugeordnet werden. Es handelt sich hierbei um den verfassungsrechtlich gebotenen Nachteilsausgleich gegenüber steuerpflichtigen ohne Kinder. Zum anderen dient das Kindergeld in einem Umfang von 15,3 Mrd. Euro der monetären Förderung von Familien. Nur dieser Betrag kann den aktiven familienfördernden Leistungen zugeordnet werden. Dabei ist jedoch zu beachten, dass es sich bei Arbeitslosengeld II-Beziehern in einer Größenordnung von ca. 3 Mrd. Euro lediglich um einen Transfer zwischen staatlichen Leistungsträgern handelt, da das Kindergeld als Einkommen des Kindes gewertet und mit dem Sozialgeld verrechnet wird. Das bezogen auf 2005 ausgezahlte Kindergeld beträgt 34,7 Mrd. Euro, 44 % davon sind familienfördernde Leistungen und 56 % steuerliche Freistellung des Existenzminimums des Kindes.⁶

1.2 Ehepaare mit ein, zwei und drei Kindern: Bruttoeinkommensverhältnisse und Förderung durch Kindergeld⁷

In den Abbildungen 3, 4 und 5 sind die versteuerbaren Bruttoeinkommen von Ehepaaren mit ein, zwei und drei Kindern in Balkendiagrammen dargestellt. Die Median-Einkommen der Bruttoeinkommen liegen zwischen 3.200 Euro im Falle der Ehepaaren mit einem Kind und 3.685 Euro bei Ehepaaren mit zwei Kindern, der Median bei Ehepaaren mit drei Kindern liegt mit 3.263 Euro nur unwesentlich höher als bei Ehepaaren mit einem Kind. Abgesehen von dem Bereich über 7.000 Euro fallen strukturell drei Maxima auf: Zum einen das Maximum bei 0 bis 400 Euro, dann ein Maximum im Bereich 3.000 – 3.500 Euro bei Ehepaaren mit ein und zwei Kindern. Dieses Maximum liegt im Falle von drei Kindern etwa 1.000 Euro niedriger bei 2.000 bis 2.500 Euro. Das dritte Maximum ist bei einem Einkommensbetrag zwischen 4.000 Euro und 5.000 Euro in allen drei Haushaltskonstellationen zu beobachten.

Die beiden beschriebenen Maxima zwischen 2.000 und 3.500 Euro sowie bei 4.000 bis 5.000 Euro lassen sich aus den Einkommensverhältnissen zwischen Allein- und Doppelverdienerhaushalten ableiten. Des Weiteren ist auffällig, dass der Mini-Job-Bereich bis Niedrigeinkommensbereich 0 bis 1.500 Euro bei Ehepaaren mit drei Kindern am ausgeprägtesten ist.

⁶ vgl. Deutsche Bundesbank (2002): Staatliche Leistungen für die Förderung von Familien.- Monatsbericht, April 2002, S. 15-31, Internet (Abfrage März 2007): <http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2002/200204mb.pdf>

⁷ s. Krause, Peter und Laskowski, Thomas (2007): Arbeitseinkommen von Haushalten mit Kindern in Deutschland, 2005. Auswertung auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).- Studie DIW, Sonderauswertung für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Februar/März 2007

Abb. 3: Bruttoeinkommensschichtung von Ehepaaren mit einem Kind, das Medianeinkommen (Brutto) beträgt 3.200 Euro; Quelle: Deutsches Institut für

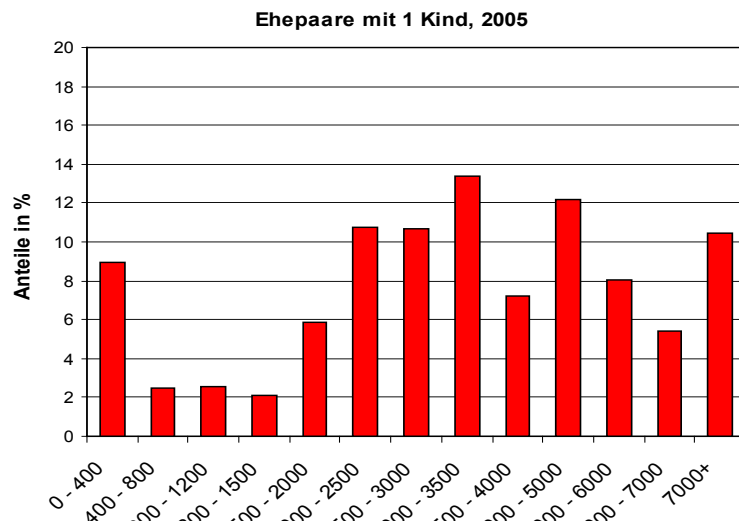


Abb. 4: Bruttoeinkommensschichtung von Ehepaaren mit zwei Kindern, das Medianeinkommen (Brutto) beträgt 3.685 Euro; Quelle: DIW, Sonderauswertung März 2007

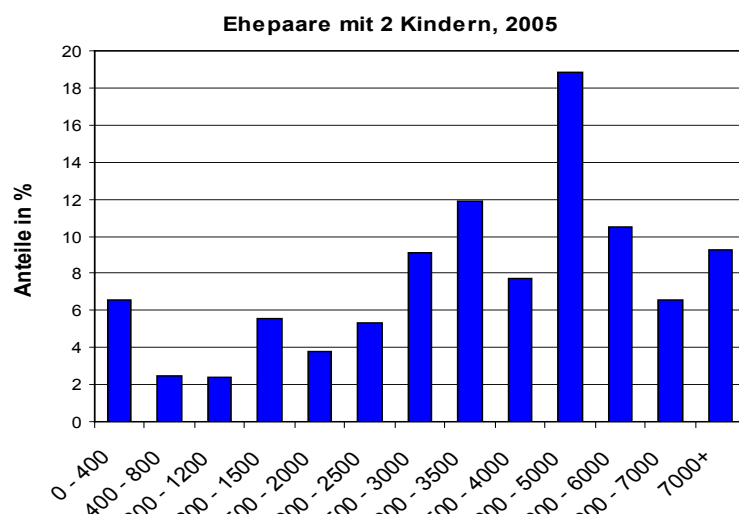
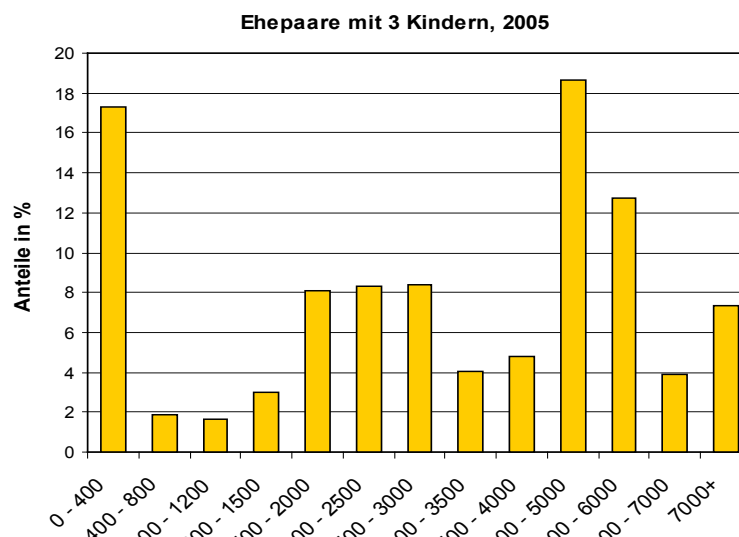


Abb. 5: Bruttoeinkommensschichtung von Ehepaaren mit drei Kindern, das Medianeinkommen (Brutto) beträgt 3.263 Euro; Quelle: DIW, Sonderauswertung März 2007



Insgesamt sind die Einkommensverteilungen bei Ehepaaren mit ein und zwei Kindern sehr ähnlich. Davon unterscheidet sich die Einkommensverteilung bei Ehepaaren mit drei Kindern: Dort ist der Einkommensbereich bis in das Niedrigeinkommen hinein ausgeprägter und umfasst fast ein Viertel aller Haushalte, während es im Falle der Haushalte mit ein und zwei Kindern jeweils nur etwa jeden sechsten Haushalt betrifft (16 % bis 17 %). Betrachtet man die Einkommensschichtungen in der Umgebung der Median-Einkommen, so liegen im Falle der Ehepaare mit ein und zwei Kindern mehr als die Hälfte der Haushalte im Bereich 2.000 bis 5.000 Euro Bruttoeinkommen pro Monat, bei Ehepaaren mit drei Kindern sind es mit 44 % etwas weniger als die Hälfte.

**Tabelle 1: Förderanteil des Kindergeldes pro Kind für verschiedenen Bruttoeinkommen;
Quelle Daten FiBS, Februar 2007**

	Ehepaare, Förderanteil Kinder-geld pro Kind, in Euro		
	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
1.500	154	154	154
2.000	89	122	132
2.500	51	72	99
3.000	37	44	59
3.500	30	33	39
4.000	23	26	30
4.500	16	19	23
5.000	9	12	16
5.500	1	5	8
6.000	0	0	0

Geht man vom Einkommensbereich aus, in dem jeweils etwa die Hälfte der Haushalte einzuordnen sind, den Bereich zwischen 2.000 Euro und 5.000 Euro, so lassen sich daran die jeweiligen Förderanteile des Kindergeldes im Verhältnis zu den Freibeträgen der Kinder ableiten. Der Förderanteil, der beim Medianeinkommen des Kindergeldes wirksam ist, bewegt sich bei den Haushalten mit ein und zwei Kindern zwischen 34 Euro und 31 Euro pro Kind, lediglich bei Haushalten mit drei Kindern ist er mit 45 Euro pro Kind deutlich höher (Tabelle 1). Bezieht man den Bereich ein zwischen 2.000 Euro und 5.000 Euro, in dem sich etwa die Hälfte der Ehepaare mit Kindern einordnen, so bewegen sich die Förderanteile des Kindergeldes zwischen 130 Euro pro Kind bei einem Bruttoeinkommen von 2.000 Euro und 10 Euro bei Bruttoeinkommen von 5.000 Euro – „mittlere“ Werte bewegen sich um 50 Euro.

2. Familien mit Kindern: Armut und Transferzahlungen⁸

2.1 Haushaltstypen und Armutsquoten

Die Armutsquoten von Personen in verschiedenen Haushaltstypen sind der Tabelle 3 für Deutschland im Überblick zu entnehmen.

Tabelle 3: Zusammensetzung der Haushaltstypen in Deutschland sowie Armutsquoten für Deutschland bzw. West- und Ostdeutschland (mit Haushalten und Armutsquoten sind stets die Anteile von Personen in den jeweiligen Haushaltstypen gemeint); Zahlen in Klammern: die zugrunde liegende Fallzahl liegt unter 100, daher eingeschränkte Zuverlässigkeit der Angaben, Mehrgenerationshaushalte sind zu gering vertreten und wurden nicht in die Betrachtung einbezogen, Daten beziehen sich auf 2004

Haushaltstyp	Haushaltstypen und Armutsquoten					
	Haushalte (Anteil von Personen)					
	in 1.000	in % aller Haushalte mit Kindern	in % aller Haushalte	Deutsch- land	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land
Alleinerziehend	1.719	18,0 %	4,5 %	30 %	29 %	35 %
2 Erwachsene und 1 Kind	3.333	35,0 %	8,7 %	10 %	9 %	12 %
2 Erwachsene und 2 Kinder	3.353	35,2 %	8,7 %	7 %	6 %	15 %
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder						1.120 11,8 % 2,9 % 12 % 12 % (17 %)
Familien mit Kindern insgesamt	9.525	100,0 %	24,8 %	13 %	11 %	19 %
nachrichtlich: Einpersonen- Haushalte	14.074	-	36,7 %	27 %	25 %	35 %
Haushalte mit 2 Erwachsenen ohne Kinder	12.038	-	31,4 %	11 %	11 %	11 %
Personen alle Haushalte insgesamt	38.386	-	100,0 %	13 %	12 %	17 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, LEBEN IN EUROPA 2005 und Sonderauswertung Februar/März 2007

⁸ Im Folgenden beziehen sich die Daten im Wesentlichen auf die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes: Statistisches Bundesamt (2006) (Hg.): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005.- Eigenverlag Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Internet (Abfrage Mai 2007): http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/eu_silc_i.pdf sowie auf eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes im Februar/März 2007.

Demnach sind Personen in alleinerziehenden Haushalten in besonders hohem Maße von Armut bedroht. Deutschlandweit sind es 30 %, in Ostdeutschland 35 % - mit anderen Worten im Deutschlanddurchschnitt betrachtet lebt fast jede dritte Person in Haushalten von Alleinerziehenden unterhalb der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Armutsgrenze. Bei Familien mit zwei Erwachsenen und einem oder mehreren Kindern, liegt die Armutsgrenze dagegen deutlich niedriger: Bei zwei Erwachsenen und einem Kind sind es deutschlandweit 10 %, in Ostdeutschland 12 %. Im Falle von Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern sind sehr deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu verzeichnen. In Westdeutschland sind es 6 % und in Ostdeutschland sind es mit 15 % mehr als doppelt so viel wie in Westdeutschland bzw. wie der Deutschlanddurchschnitt von 7 %. Bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern liegt zwar der Durchschnitt in Gesamtdeutschland bei 12 %, in Ostdeutschland sind es 17 %, ein hoher Wert, der aber nicht so deutliche Ost-West-Unterschiede aufweist wie im Falle der Familienkonstellation von zwei Erwachsenen und zwei Kindern.

Von Armut sind insgesamt bei Familien mit Kindern 13 % der darin lebenden Personen deutschlandweit betroffen. Wie im Falle einzelner Haushaltstypen sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gravierend. In Westdeutschland ergeben sich 11 % und in Ostdeutschland mit 19 % deutlich mehr Personen, die im Verhältnis zur Bevölkerung insgesamt unterhalb der Armutsschwelle leben müssen.

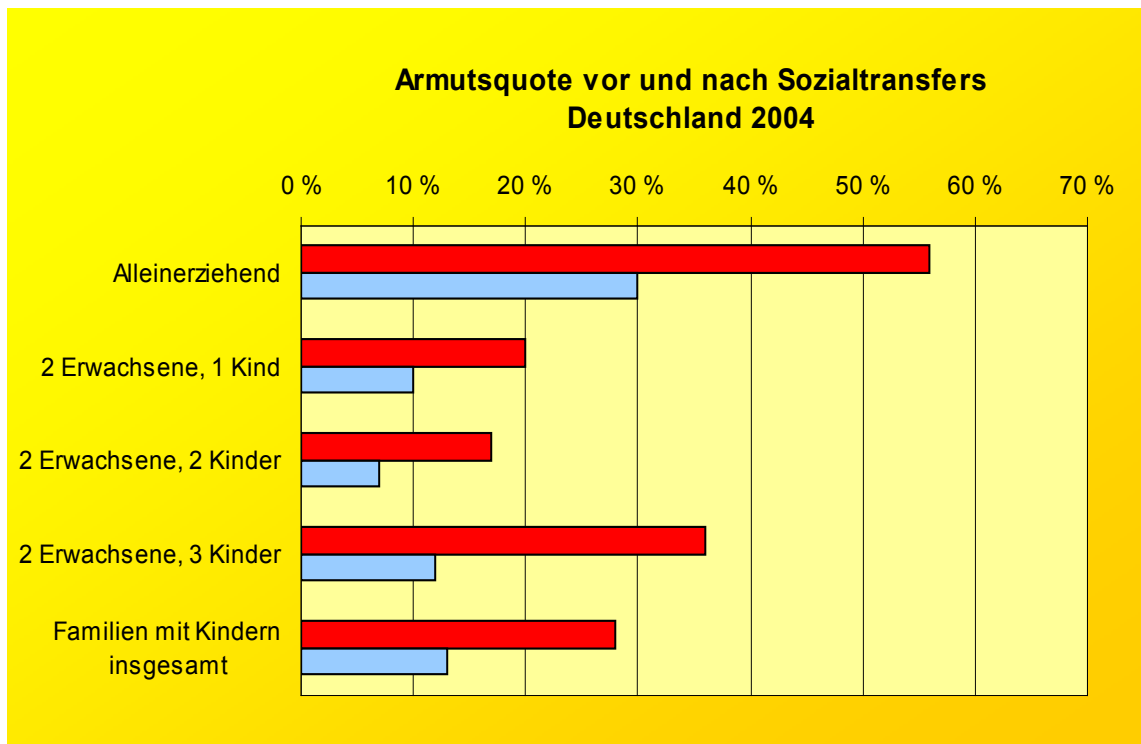
2.2 Bedeutung von Transfers für Familien mit Kindern

Die Transferleistungen innerhalb des Sozialsystems in Deutschland sollen dazu beitragen, soziale Notlagen zu vermeiden, oder wenigstens abzumildern. Um herauszufinden, wie stark der Einfluss der Transferzahlungen ist, um Armutssituationen unterschiedlicher Haushaltstypen zu vermeiden, ist es aussagekräftig, die Armutsgefährdungsquote bzw. Armutsquote mit und ohne Berücksichtigung von Transferleistungen bei der Einkommensrechnung zu messen. Bei diesen Berechnungen muss allerdings bedacht werden, dass indirekte Transferleistungen bspw. durch steuerliche Begünstigungen (Kinderfreibeträge, Ehegattensplitting) Teil des erhobenen Äquivalenzeinkommens sind und bei der folgenden Betrachtung nicht mehr separat herausgerechnet wurden. Des Weiteren ist zu beachten, dass sich die Erhebung auf 2004 bezieht, entsprechend sind Effekte, die durch die Hartz IV-Reformen hervorgerufen werden, noch nicht sichtbar.

Bis auf die Alleinerziehenden liegen die unterschiedlichen Haushaltstypen in der Nähe der gesamtdeutschen Armutsquote von 13 % bzw. liegen - wie im Falle der Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern - darunter. Allerdings sagt die Armutsquote, die sich auf die Schwelle von 60 % des Medians (mittleres Äquivalenzeinkommen) bezieht, nichts darüber aus, wie hoch die „Besetzungsdichte“ oberhalb der Armutsquote ist. Personen in Haushaltskonstellationen knapp oberhalb der Armutsgrenze gelten per Definition zwar nicht als armutsgefährdet, sie müssen aber dennoch mit einem deutlich geringeren Einkommen auskommen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Betrachtet man von diesem Blickwinkel aus Tabelle 4, so fällt auf, dass alleinerziehende Haushalte sich in ihrem Einkommen zu mehr als drei Viertel unterhalb des Medians bewegen und kinderreiche Haushaltstypen mit drei und mehr Kinder fast zu zwei Dritteln unterhalb des Medians bzw. mittleren Äquivalenzeinkommens liegen. Anders ausgedrückt: Geringe Veränderungen in den Haushaltseinkommen können dazu führen, dass solche Haushalte unter die Armutsschwelle rutschen oder knapp aus einer Armutsposition heraus über die Armutsgrenze springen.

In Abbildung 6 sind jeweils die errechneten Armutsquoten mit und ohne Sozialtransfers aufgeführt. Die Differenzen der beiden Armutsquoten zeigen zum einen die Wirksamkeit der sozialen Transferleistungen bei der Verringerung von Armutsquoten, zum anderen spielt es eine Rolle, wie hoch die Besetzungsdichte in der Nähe der Armutsgrenze des jeweiligen Haushaltstyps ist.

Abb. 6: Armutsquoten vor (Rot) und nach Sozialtransfers (Anteil von Personen in den jeweiligen Haushaltstypen) (Blau); Quelle: Statistisches Bundesamt, LEBEN IN EUROPA 2005 und Sonderauswertung Februar/März 2007



Bei alleinerziehenden Haushalten sinkt die Armutsquote vor Transfers von 56 % auf 30 % nach Transfer (Deutschlanddurchschnitt), in Ostdeutschland lauten die Werte 66 % vor Transfer und 35 % nach Transfer. Im Falle von zwei Erwachsenen und ein oder zwei Kindern ist ein ähnlicher Trend zu beobachten. Die Armutsquoten, die sich vor Transfers ergeben, sinken nach den Transferzahlungen teilweise um mehr als die Hälfte. Bei einem Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland fallen die hohen Beträge in Ostdeutschland auf, die teilweise mehr als doppelt so hoch ausfallen wie in Westdeutschland.

Der stärkste Rückgang ist im Haushaltstyp bei zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern festzustellen. Dort sinkt die Armutsquote etwa um den Faktor drei vor und nach Sozialtransfers. Auch hier liegt das Niveau in Ostdeutschland erheblich über dem von Westdeutschland.

Insgesamt ist bei der Haushaltskonstellation mit Kindern ca. eine Halbierung der Armutsquote durch Sozialtransfers zu konstatieren, wobei die erheblichen Unterschiede zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland in den Ausgangsbeträgen zu beachten ist. Im Vergleich

aller Daten wird deutlich, warum die Haushalte mit Kindern so deutlich auf Sozialtransfers reagieren: Viele Haushalte befinden sich nur wenig über der Armutsgrenze, kleinere Einkommensbeträge können so sehr deutlich Armutsquoten – insbesondere bei Alleinerziehenden und Kinderreichen Familien mit drei und mehr Kindern – senken.

2.3 Sensitivitätsanalyse des Kindergeldes

Ein Ergebnis des zweiten amtlichen Armuts- und Reichtumsberichts besagte, dass sich Änderungen im Steuer- und Transfersystem deutlich auf die Einkommensstrukturen im unteren Einkommensbereich auswirken. Bei der gen. Untersuchung wurde insbesondere die Wirksamkeit der Erhöhung des Kindergeldes deutlich, das 1999, 2000 und 2002 in Einzelschritten von 112 Euro auf 154 Euro angehoben wurde. Allein durch diese Maßnahmen hatte sich die Armutsquote bei Haushalten mit Kindergeldbezug um fast ein Elftel bzw. um fast 9 % reduziert.⁹

Tabelle 4: Wirkungsanalyse der Kindergeldhöhe: Veränderung der Armutsquote von Familien mit Kindern (Anteil von Personen) bei Absenkung des Kindergeldes um -10 % sowie Erhöhung des Kindergeldes um +10 %; Daten beziehen sich auf 2004

	Deutschland		
	Armutsquote (Anteil von Personen)	- 10 % Kindergeld	+ 10 % Kindergeld
Familien mit Kindern insgesamt	13 %	14 %	12 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, LEBEN IN EUROPA 2005 sowie Sonderauswertung Februar/März 2007

In der Tabelle 4 wurde der Datensatz des Statistischen Bundesamtes zur Bestimmung der Armutsrisikoquoten benutzt, um zu ermitteln, wie sich eine Absenkung des Kindergeldes um -10 % sowie eine Erhöhung des Kindergeldes um +10 % auf die Armutsquote bei Familien mit Kindern auswirkt. Beim derzeit geltenden Kindergeldniveau liegt die Armutsquote von Familien mit Kindern bei 13 % (Tabelle 3). Wird nun das Kindergeld um -10 % abgesenkt, so steigt die Armutsquote um +1 %-Punkt auf 14 % an, entsprechend sinkt die Armutsquote um 1 %-Punkt auf 12 %, wenn das Kindergeld um +10 % angehoben wird. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Personen in Familien mit Kindern, die unterhalb der Armutsgrenze fallen, steigt um 8 %, wenn das Kindergeld um -10 % gesenkt wird, oder sinkt entsprechend um 8 % bei einer Kindergelderhöhung um +10 % (Tabelle 4).

Tabelle 5: Zusammensetzung der Familien, die unterhalb der Armutsgrenze leben; Daten beziehen sich auf 2004

	Anzahl der Haushalte und Anzahl der Personen		
	Haushalte	Erwachsene	Kinder
Familien mit Kindern unterhalb Armutsgrenze bezogen auf eine Armutsquote = 13 %	1.6 Mio.	2.6 Mio.	2.2 Mio.
Veränderung der Armutsquote von 13 % um ± 1 %-Punkt *)	± 120.000	± 200.000	± 170.000

*) 1 %-Punkt entspricht einer Veränderung der Anzahl der Personen in den Haushalten von ca. 8 %

Quelle: Eigene Berechnungen anhand Daten Statistisches Bundesamt, LEBEN IN EUROPA 2005 sowie Sonderauswertung Februar/März 2007

⁹ Bundesregierung (2005): Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht.- Berlin, S. 22-24; Textfassung im Internet (Abfrage Mai 2007): <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Redaktion/Pdf/Lebenslagen-in-Deutschland-De-821,prope-ty=pdf,bereich=bmas,sprache=de,rwb=true.pdf>

Das monatliche verfügbare Median-Haushaltseinkommen von Familien mit Kindern beträgt 2.522 Euro, das durchschnittliche Kindergeld weist dabei eine Höhe von 252 Euro auf. Eine Erhöhung oder Absenkung des Kindergeldes entspricht dabei dem Durchschnittsbetrag von +/- 25,20 Euro. Diese vergleichsweise kleine Summe führt dazu, dass sich die Armutsquote von Familien mit Kindern (Anteil von Personen) um 1 %-Punkt bewegt, was einer Erhöhung bzw. Absenkung der Personenanzahl unterhalb der Armutsquote von 8 % entspricht.

In Tabelle 5 findet sich die Anzahl der Haushalte und die Anzahl der darin lebenden Erwachsenen und Kinder, die unterhalb der Armutsquote leben. Verändert sich die Armutsquote um +/- 1 %-Punkt entspricht dies gerundet +/-120.000 Haushalten mit +/-200.000 Erwachsenen und +/-170.000 Kindern (Tabelle 5).

2.4 Realwertentwicklung des Kindergeldes

Zuletzt wurde das Kindergeld im Jahre 2002 auf 154 Euro für das erste bis dritte Kind und ab dem vierten Kind auf 179 Euro erhöht. Anhand der Preisindizes zwischen 2002 und 2006 ergibt sich ein durchschnittlicher Kaufkraftverlust von 2 bis 3 Euro pro Jahr. Extrapoliert man die durchschnittlichen Preisbewegungen bis 2008 kann die Realwertentwicklung des Kindergeldes zwischen 2002 und 2008 berechnet werden. Im dargestellten Kontext einer Armutsvermeidung von Familien mit Kindern, müsste das Kindergeld Ende 2007 oder Anfang 2008 um 10 % erhöht werden, um gegenüber der letzten Erhöhung aus dem Jahre 2002 bestandserhaltend zu sein. Für das erste bis dritte Kind ergäbe sich eine Erhöhung von 16 Euro auf 170 Euro und ab dem vierten Kind von 18 Euro auf 197 Euro.

3. Der Kinderzuschlag¹⁰

3.1 Sozialpolitisches Vorhaben und Konstruktion des Kinderzuschlags

Der Kinderzuschlag wurde eingeführt, um Kinderarmut von Kindern unter 18 Jahren zu bekämpfen. Eltern mit einem geringen Einkommen können den Kinderzuschlag beantragen, wenn sie mit ihrem eigenen Einkommen ihren eigenen Bedarf im Sinne des SGB II decken können, nicht aber den ihrer Kinder. Damit soll vermieden werden, dass Eltern wegen ihrer Kinder ergänzende Leistungen im SGB II (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld) beziehen müssen.

Der Kinderzuschlag beträgt maximal 140 Euro pro Kind und wird längstens für einen Zeitraum 36 Monate gezahlt. Der Kinderzuschlag ist gegenüber Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld eine vorrangige Sozialleistung. Eine Besonderheit des Kinderzuschlags im Vergleich zu anderen fürsorgerischen Leistungen besteht darin, daß er nicht nur bis zu einer bestimmten Höchsteinkommengrenze gezahlt wird, sondern darüber hinaus erst ab Erreichen einer bestimmten Mindesteinkommengrenze. Er wird somit nur innerhalb eines bestimmten Einkommenskorridors und dann in unterschiedlicher Höhe fällig.

Wenn das Einkommen der Eltern – mit Ausnahme des Kindergeldes – über dieser berechneten Mindesteinkommengrenze liegt, so kann Kinderzuschlag gewährt werden. Dabei wird das „überschießende“ Einkommen je nach Herkunftsart zu 100 % oder zu 70 % vom Kinderzuschlag abgezogen. 70 % Abzug gilt für Erwerbseinkünfte, 100 % Abzug bzw. Anrechnung gelten beispielsweise bei Einkünften aus Vermögen, Renten oder Unterhalt.

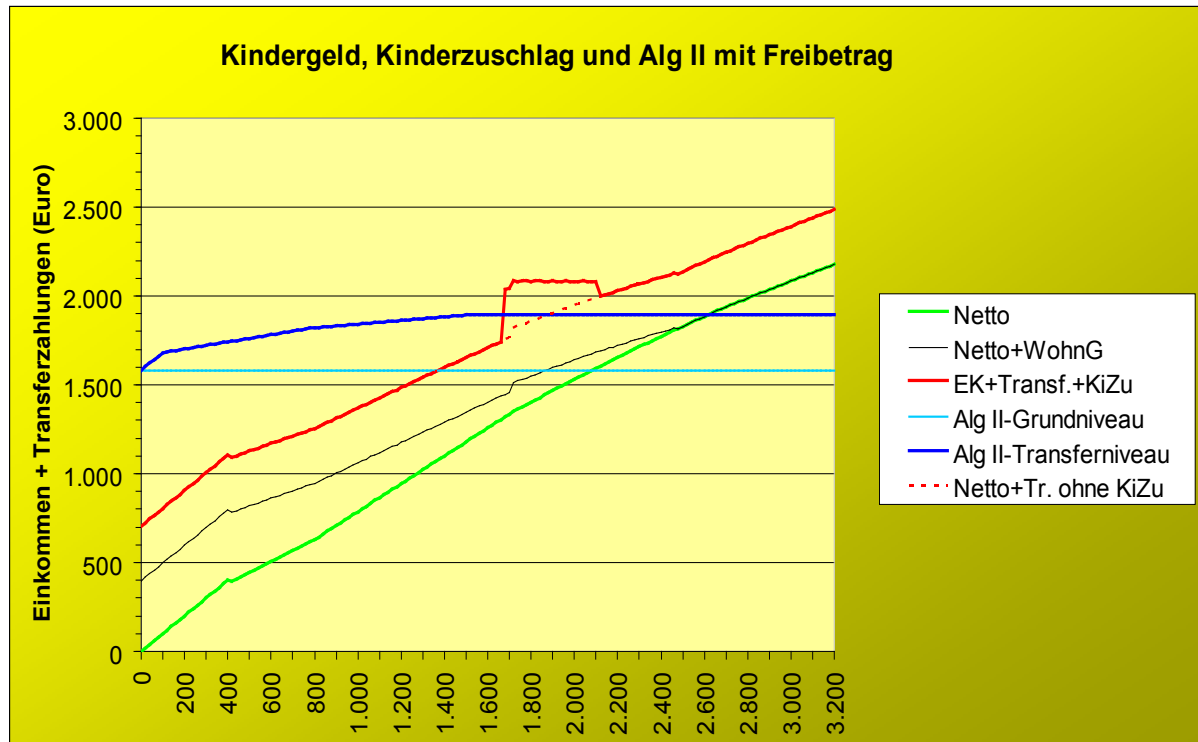
Der Kinderzuschlag bewegt sich im Kontext der Steuergesetzgebung, des Wohngeldgesetzes, des Unterhaltsrechtes bzw. Unterhaltsvorschußrechtes, der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (zum 1. April 2003, 400-Euro-Mini-Jobs und Midi-Jobs zwischen 400 Euro und 800 Euro) sowie dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende, Arbeitslosengeld II und Sozialgeld).

Bei diesem komplexen Mix helfen einzelne Beispielrechnungen nicht wirklich weiter¹¹: Zusammenhänge, Trends, mögliche unerwünschte Wechselwirkungen können anschaulich nur durch Simulationsrechnungen erkannt werden.

¹⁰ S. Martens, Rudolf (2006): Der Kinderzuschlag: Modellrechnungen und Verwaltungskostenschätzungen.- Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband, 10. Mai 2006 (24 S.); Internet (Abfrage Mai 2007): <http://www.paritaet.org/gv/infothek/pid/> (Sachbereich: „Grundsatzfragen“, Datum: 30.05.2006)

¹¹ „Die Darstellung und Berechnung des Kinderzuschlags ist kompliziert...“ vermerkt der Ratgeber zum SGB II: Arbeitslosenprojekt TuWas (Hg.) (2005): Leitfaden zum Arbeitslosengeld II. Der Rechtsratgeber zum SGB II.- Fachhochschulverlag (1. Auflage), Frankfurt am Main, S. 231

Abbildung 7: Ehepaar mit 2 Kindern unter 12 Jahren, Mietenstufe 4 und Wohnraumtyp II

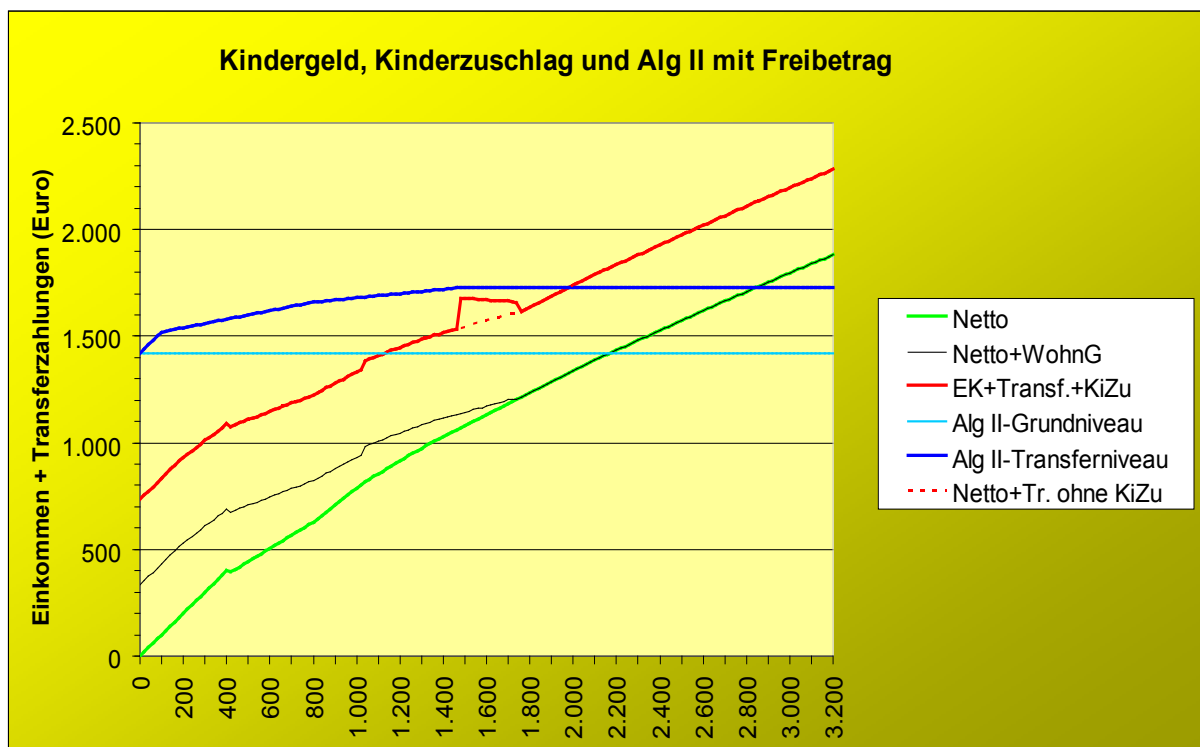


Ab 1.679 Euro ist der Haushalt kinderzuschlagsberechtigt. Die Höchsteinkommensgrenze von 2.108 Euro ragt weit über das Anspruchsniveau des SGB II hinaus. Entsprechend endet aber der Kinderzuschlagsbereich bei 1.875 Euro (Schnittpunkt gepunktete Linie mit dem Arbeitslosengeld II-Transferringebiet in dieser Abbildung).

Maximal bewegt sich das mit dem Kinderzuschlag erreichbare Einkommensniveau zwischen 143 und 195 Euro. Mit anderen Worten: das möglicherweise zu erzielende Einkommen steigt mit der Anzahl der Kinder, gleichzeitig verengt sich aber der Korridor, in der Kinderzuschlag gezahlt wird, sehr deutlich.

In der Haushaltskonstellation von Abbildung 8 ist aufgrund des Unterhaltsvorschusses eine deutliche Absenkung des Anspruchsniveaus Kinderzuschlag gegenüber dem SGB II-Niveau zu verzeichnen, es liegt zwischen -49 Euro und -75 Euro. D. h. hier besteht nur ein Anspruch auf SGB II-Leistungen.

Abbildung 8: Alleinerziehender Haushalt mit 2 Kindern, 11 und 16 Jahre alt, für das jüngere Kind wird Unterhaltsvorschuss gezahlt



3.3 Zielerreichung des Kinderzuschlags

Die Fallbeispiele machen deutlich, dass der Kinderzuschlag seinen hoch gesteckten Zielen der Armutsbekämpfung in keiner Weise gerecht wird. Vielmehr liegt er in verschiedenen Fällen sogar unter dem Niveau des SGB II. Der Berechnungsaufwand ist außerordentlich hoch. Dabei kann wegen des engen und von vielen Parametern abhängigen Einkommenskorridors im Einzelfall kaum prognostiziert werden, ob und mit welchem Effekt ein Kinderzuschlag gewährt wird. Für den Bürger und die Bürgerin bleibt die Leistung dabei undurchschaubar mit zwangsläufig stark willkürlichem Eindruck.¹²

3.4 Antragsaufwand und Verwaltungskosten

Die zuvor beschriebene mangelnde Zielerreichung und kontraproduktiven Effekte des Kinderzuschlags haben noch weitere Konsequenzen: Den rund 54.000 bewilligten Fällen im Jahre 2005 stehen über 600.000 Anträge gegenüber. Dieses Missverhältnis ist direkte und zwangsläufige Konsequenz aus der Intransparenz der Leistung und dem schmalen Einkommenskorridor, innerhalb dessen eine Bewilligung möglich ist. Der Aufwand und die dadurch verursachten Verwaltungskosten sind damit ebenfalls außerordentlich im Verhältnis zum Leistungsvolumen von 102 Mio. Euro im Jahr 2005.

Zur Berechnung des Verwaltungsaufwands wurden die Methoden herangezogen, die die kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in Köln (KGSt)¹³ entwickelt hat. Ergebnis: Ein Verwaltungskostenanteil, der in Höhe von fast 1/5 der Ausgaben (18 %) für den Kinderzuschlag liegt, ist im Vergleich mit den Verwaltungskosten anderer Sozialleistungen extrem hoch. Vergleicht man beispielsweise die Verwaltungsausgaben von Kindergeld und Kinderzuschlag, so verursacht der Kinderzuschlag 25-mal höhere Kosten als die Verwaltung des Kindergeldes (0,7 %).

¹² vgl. Winkel, Rolf (2004): Der neue Kinderzuschlag: Eine familienpolitische Seifenblase. Etliche Familien stehen sich dadurch schlechter als mit Arbeitslosengeld II.- Soziale Sicherheit, H. 12/2004, S. 402-412

¹³ KGSt (2005): Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2005/2006).- Bericht Nr. 6/2005, Köln; KGSt (2005): Handbuch Kostenrechnung (Kosten- und Leistungsrechnung in der Kommunalverwaltung).- KGSt Handbuch Kostenrechnung, Köln; vgl. <http://www.kgst.de>

3.5 Weiterentwicklung des Kinderzuschlags

Trotz aller Kritik stellt der Kinderzuschlag von seiner Grundidee her eine interessante Möglichkeit dar, um ihn zu einer faktischen Kindergrundsicherung weiterzuentwickeln. Des Weiteren ist der Kinderzuschlag in seiner grundsätzlichen Wirkung zielgenau und wäre – nach einer Reform – hochwirksam i. S. der Vermeidung einer Hartz IV-Abhängigkeit. Notwendig wären folgende Änderungen in der Architektur des Kinderzuschlags: (1) Orientierung des Leistungsverlaufs an der Leistungshöhe des SGB II (aufstockende Leistungen) – selbstredend auf einem höheren Niveau, der Paritätische fordert eine bedarfsgerechte Erhöhung des Regelsatzes um 20 %.¹⁴ (2) Weiterhin sollte die Berechnung der Wohnanteile der Eltern stark vereinfacht werden. (3) Unbedingt sollte der Geltungsbereich des Kinderzuschlags zu niedrigeren und zu höheren Einkommensgrenzen hin ausgedehnt werden, auch über den Geltungsbereich des SGB II-Einkommensbereiches hinaus; beim Ausphasen des reformierten Kinderzuschlags sollten Einkommenssprünge vermieden werden.

Dr. Rudolf Martens
Sozialwissenschaftliche Analyse
Der Paritätische Wohlfahrtsverband - Gesamtverband
Oranienburger Straße 13-14
D-10178 Berlin
T +49 30-24636-0
F +49 30-24636-110
<http://www.paritaet.org> / eu@paritaet.org

¹⁴ Martens, Rudolf: Der Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen sozial gerechten Regelsatz als sozialpolitische Grundgröße. Neue Regelsatzberechnung 2006.- In: Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband, „Zum Leben zu wenig ...“ Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe, Berlin; Internet (Abfrage 05/2007): <http://www.paritaet.org/gv/infoteh/pid/> (Sachbereich: „Grundsatzfragen“, Datum: 30.05.2006); Martens, Rudolf (2004): Der Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen sozial gerechten Regelsatz als sozialpolitische Grundgröße.- In: Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband, „Zum Leben zu wenig ...“ Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe, Berlin; Internet (Abfrage 05/2007): [http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/084d1e2d27926991c12569f900700d64/0be8c7081d662e39c1256f850037edb1/\\$FILE/Expertise-Broschuere.pdf](http://www.infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/084d1e2d27926991c12569f900700d64/0be8c7081d662e39c1256f850037edb1/$FILE/Expertise-Broschuere.pdf)

Wege zur materiellen Bedarfsdeckung für Kinder Interdependenzen, Reformpfade und Empfehlungen aus sozialstaatssystematischer Perspektive



Johannes Steffen

1

1. Eckpunkte der Kindergrundsicherung (I)

soziokulturelles
Existenzminimum ohne KdU

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Ziel:
individuelle und bedarfsorientierte
Kindergrundsicherung in Höhe von 420 €/Kind

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Instrument (1):
Anhebung des Kindergeldes auf einheitlich 250 €/Kind

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Instrument (2):
Ausbau des Kinderzuschlags und Anhebung des
Höchstbetrages auf 170 €/Kind

Johannes Steffen

2

1. Eckpunkte der Kindergrundsicherung (II)



Kindergrundsicherung:

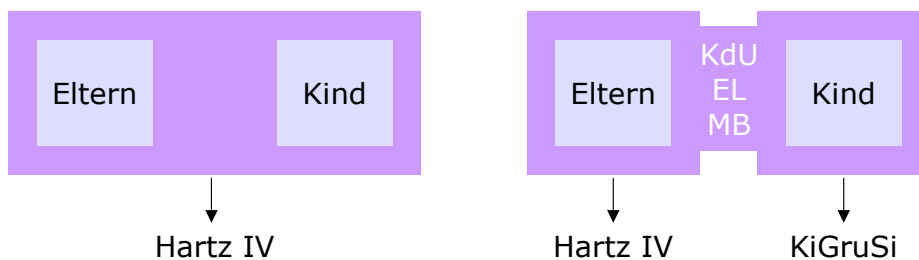
Separate Fürsorgeleistung mit für alle Kinder einheitlichem Sockel (250 € Kindergeld)



Johannes Steffen

3

1. Eckpunkte der Kindergrundsicherung (III)



Heute: Regelleistungs- und KdU-etc-**Bedarfsgemeinschaft**

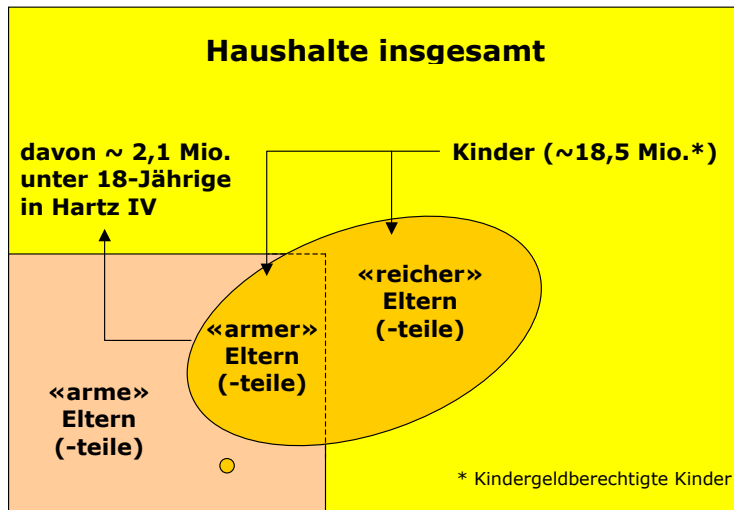
Künftig: keine Regelleistungs-, aber eine KdU-etc-**Bedarfsgemeinschaft**

Kinder zählen dem KiGruSi-Konzept zufolge nicht mehr zur Bedarfsgemeinschaft (BG) der Eltern; für die Berechnung der KdU, Einmalleistungen (EL) und Mehrbedarfe (MB) sollen sie allerdings Mitglied der BG der Eltern bleiben (16/2077) – die auf das Kind entfallenden KdU sollen ggf. dem SGB II-Bedarf der Eltern zugeschlagen werden (DIE LINKE., «Kinder brauchen mehr»), wodurch allerdings der Elternbedarf c.p. höher ausfiele.

Johannes Steffen

4

2. Ursache von Kinderarmut ist die Armut der Eltern (I)

**KiGruSi**

- per Definition gäbe es keine armen Kinder mehr
- wir hätten rund 2 Mio. Hartz IV-Empfänger weniger
- die Eltern dieser Kinder blieben aber weiter abhängig von Hartz IV

Johannes Steffen

5

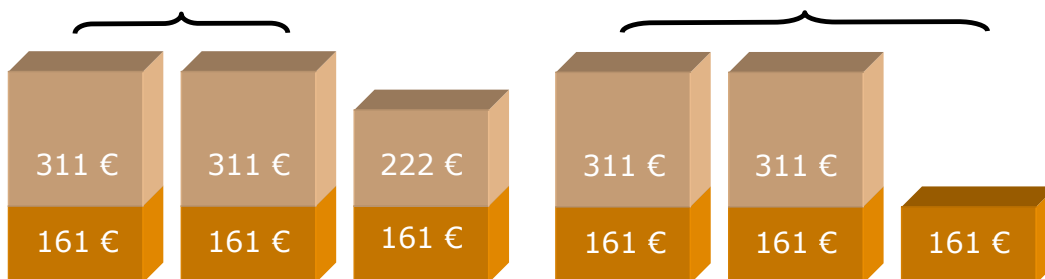
2. Ursache von Kinderarmut ist die Armut der Eltern (II)

Folge der KdU-Zuordnung:

Verfestigung der Hartz IV-Abhängigkeit von Eltern

Elternbedarf heute: 944 €

Elternbedarf KiGruSi: 1.104 €



Der Elternbedarf stiege um den KdU-Anteil der Kinder – je mehr Kinder, um so stärker wäre die Verfestigung der Hartz IV-Abhängigkeit der Eltern.

Und: Eltern, die heute ihren Hartz IV-Bedarf gerade decken können, würden wieder zurück in die Hilfebedürftigkeit gedrängt

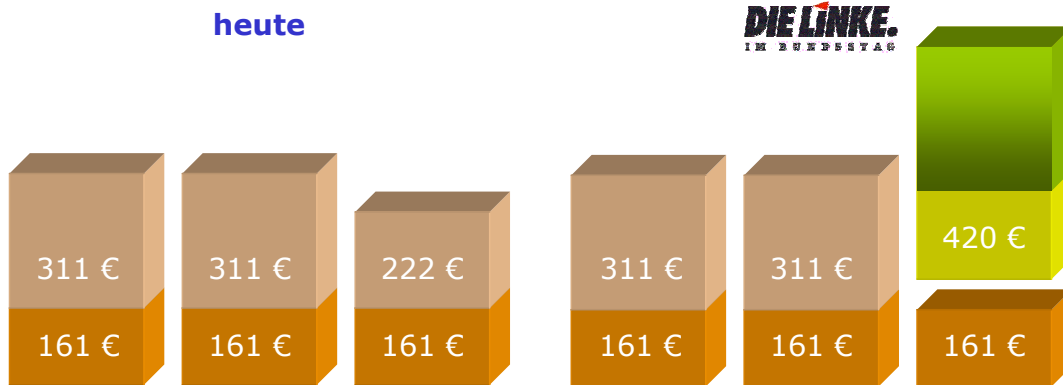
Johannes Steffen

6

3. Wirksamkeit einer Kindergrundsicherung (I)

1. Option

unverändertes Hartz IV-Niveau



Auch KiGruSi-gesicherte Kinder leben weiterhin bei ihren Hartz IV-abhängigen Eltern. - Rechnerisch und statistisch gelten die Kinder zwar nicht mehr als arm; ihre Lebenswirklichkeit aber dürfte anders aussehen.

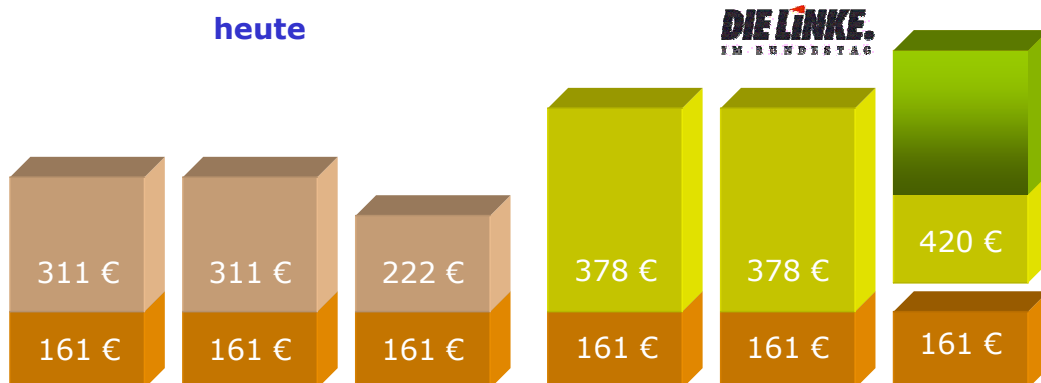
Johannes Steffen

7

3. Wirksamkeit einer Kindergrundsicherung (II)

2. Option

Erhöhung der Eck-Regelleistung auf 420 €

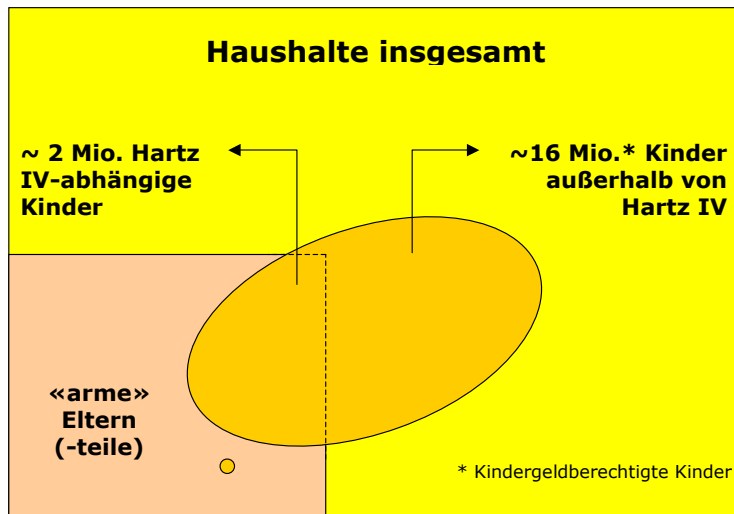


Die strukturellen Effekte blieben bei einer auf 420 € erhöhten SGB II-Eck-Regelleistung bestehen – die materiellen Auswirkungen wären allerdings weit geringer als in der 1. Option. Dann aber stellt sich die Frage: Warum noch eine Sonderfürsorge für Kinder und nicht statt dessen armutsfeste SGB II-Regelleistungen für Kinder und Eltern?

Johannes Steffen

8

3. Wirksamkeit einer Kindergrundsicherung (III)



**Kindergeld-
erhöhung auf
250 €/Monat**
Für ~ 18,5 Mio.
Kinder
Brutto-Mehrkosten
knapp 20 Mrd. €
Ausgaben des
Bundes für die
Regelleistung Alg II
2006
26,4 Mrd. €

Der Einsatz des Instruments einer allgemeinen Kindergelderhöhung auf 250 € zur Bekämpfung von Kinderarmut gleicht einer «Schrotflinten»-Sozialpolitik. Auf Hartz IV-abhängige Kinder entfiele – selbst bei einer auf 420 € erhöhen SGB II-Eck-Regelleistung – nur ein Anteil von deutlich unter 5 Mrd. €

Johannes Steffen

9

4. Überwindung der Hartz IV-Abhängigkeit von Kindern und Eltern (I)

Reform-Modell

Um möglichst viele Familien – also Kinder **und** deren Eltern – zielgenau, schnell und ohne großen gesetzestechischen Aufwand aus der Hartz IV-Abhängigkeit heraus zu holen, bieten sich m.E. zwei Instrumente an

1. Ausbau des Kinderzuschlags

- Erhöhung des Maximalbetrages auf bspw. 266 € (zusammen mit dem Kindergeld also 420 €)
- Wegfall der Mindesteinkommensgrenze als Anspruchsvoraussetzung

2. Modifizierung der Wohngeld-Berechnung

- Reduzierung des Wohngeld-relevanten Jahreseinkommens pro Kind um beispielsweise 20% bzw. einen Betrag von xy Euro; hierdurch steigt der Wohngeldanspruch von Haushalten mit Kindern bzw. wird ein Wohngeldanspruch c.p. überhaupt erst begründet. – Alternativ ließe sich das materielle Ergebnis technisch auch durch einen Wohngeld-Zuschlag erreichen

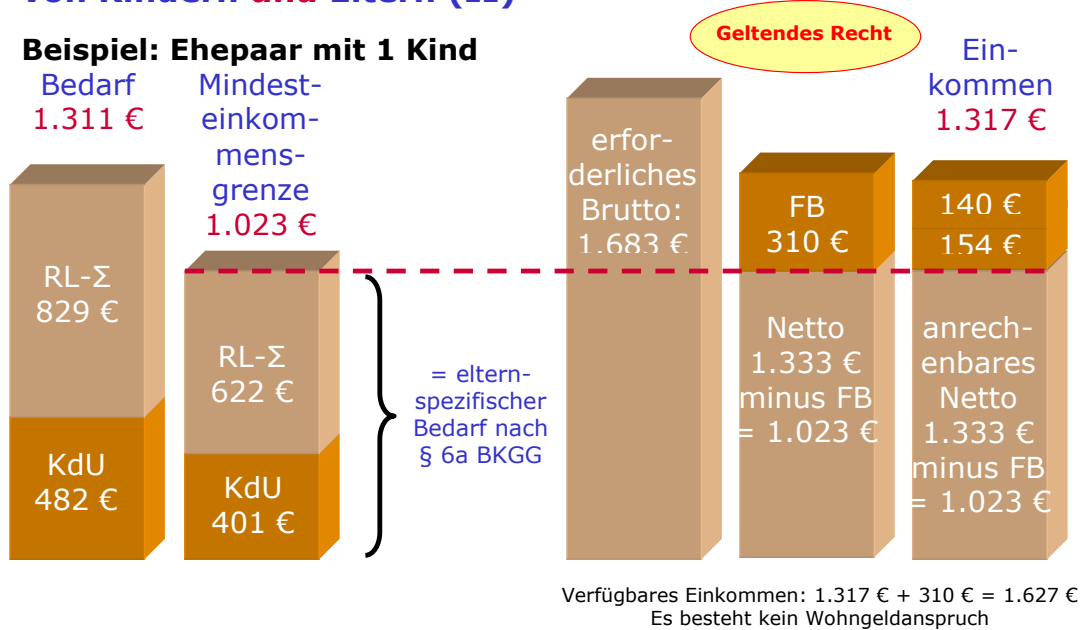
Voraussetzung für die Gewährung beider Leistungen müsste die Vermeidung von SGB II-Hilfebedürftigkeit infolge der Leistungsgewährung sein. – Eine lineare Abschmelzung der Leistung könnte (analog der heutigen Regelung des § 6a BKGG) beginnen, sobald das Elterneinkommen die Mindesteinkommensgrenze übersteigt

Johannes Steffen

10

4. Überwindung der Hartz IV-Abhängigkeit von Kindern und Eltern (II)

Beispiel: Ehepaar mit 1 Kind



Johannes Steffen

11

4. Überwindung der Hartz IV-Abhängigkeit von Kindern und Eltern (III)

Beispiel: Ehepaar mit 1 Kind

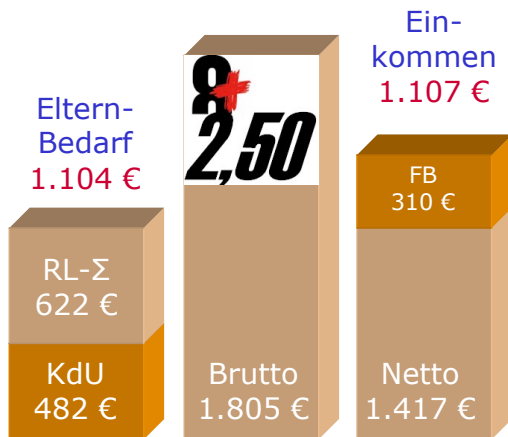


Johannes Steffen

12

4. Überwindung der Hartz IV-Abhängigkeit von Kindern und Eltern (IV)

Beispiel: Ehepaar mit 1 Kind



KiGruSi-Modell DIE LINKE.

- Herausnahme des Kindes aus der Eltern-BG
- Berücksichtigung der KdU des Kindes beim Eltern-Bedarf

Da sich der Eltern-Bedarf infolge der Zurechnung der KdU des Kindes gegenüber geltendem Recht erhöht, steigt auch das zur Überwindung der SGB II-Hilfebedürftigkeit erforderliche Bruttoentgelt eines Alleinverdieners auf 1.805 €.

Anders als im Reform-Modell reichte selbst ein Mindestlohn von 8 € nicht aus, um bei Vollzeit die Hilfebedürftigkeit der Eltern zu überwinden – hierfür erforderlich wäre ein Mindestlohn von rd. 10,50 €.

Zusammen mit der KiGruSi käme der Schwellen-Haushalt auf 1.837 € an verfügbarem Einkommen

Johannes Steffen

13

5. KiGruSi, steuerlicher Freibetrag und Kindergeld

Drucksache 16/3265

Darstellung der in 2008 steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminima und der entsprechenden einkommensteuerlichen Freibeträge (in Euro)

	Allein-stehende	Ehe-paare	Kinder
Regelsatz	4.140	7.464	2.676
Kosten der Unterkunft	2.364	4.020	804
Heizkosten	636	792	168
sächliches Existenz-minimum	7.140	12.276	3.648
steuerlicher Freibetrag	7.664	15.329	3.648

KiGruSi: 420 €

Kindergelderhöhung auf rd. 250 €

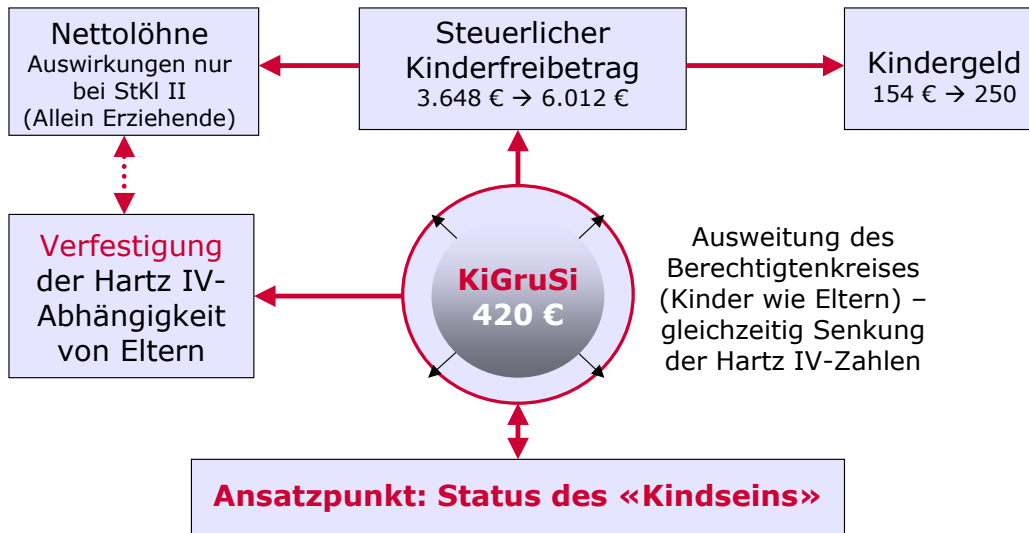
Allein-stehende	Ehe-paare	Kinder
dito	dito	5.040
		dito
		dito
dito	dito	6.012
dito	dito	6.012

Eine KiGruSi wäre nichts anderes als eine Erhöhung der Kinder-RL (=Neufestsetzung des Existenzminimums von Kindern) – mit den entsprechenden Folgen für Freibetrag und Kindergeld. Durch einen Ausbau des Kinderzuschlags plus «Abschlag» beim Wohngeld-relevanten Bruttoeinkommen ließen sich diese Folgen vermeiden

Johannes Steffen

14

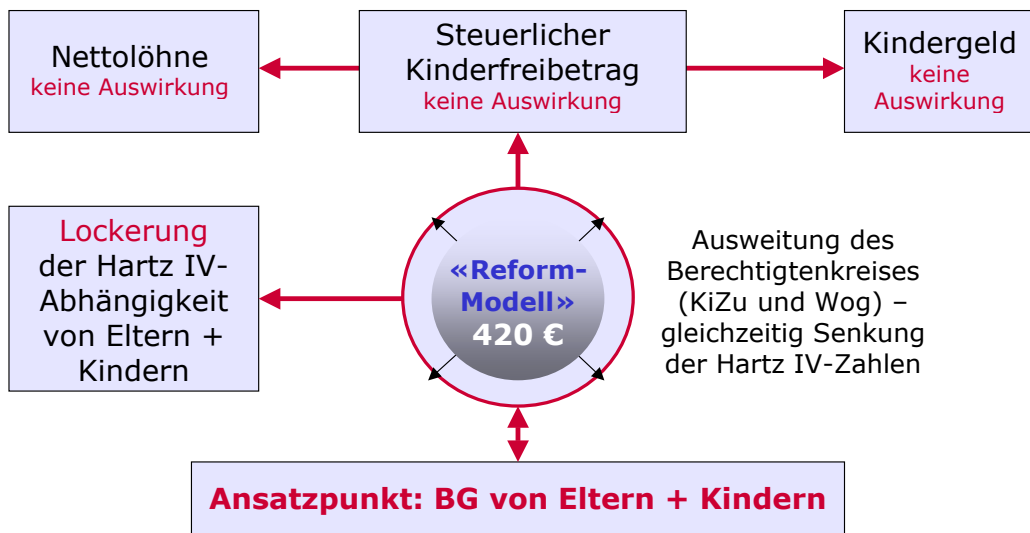
6. Wechselwirkungen (I)



Johannes Steffen

15

6. Wechselwirkungen (II)



Johannes Steffen

16

7. Zusammenfassung

Das Armutsrisiko von Kindern wird maßgeblich bestimmt durch die Einkommenssituation ihrer Eltern – ihr Armutsrisiko resultiert eindeutig nicht aus dem Status des «Kindseins»

Der Anspruch, das Existenzminimum von Kindern eigenständig und unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern abzusichern, verliert Lebensrealitäten aus dem Auge: Kinder «armer» Eltern blieben weiterhin – wenn auch «weniger» – arm, während Kinder «reicher» Eltern zu Kindern von noch ein wenig «reicheren» Eltern würden.

Die Verteilungswirkungen einer allgemeinen Kindergeld-Erhöhung sind – unter dem Aspekt der Armutsvermeidung – in hohem Grade zielungenau und teuer. – Dies spricht nicht gegen eine Kindergeld-Erhöhung. Es spricht aber gegen die Annahme, Kinderarmut könne auf diesem Wege effizient und gezielt bekämpft werden.

Bilanz der Tagung

„Kinder brauchen mehr. Die Eckpunkte der Linksfraktion für eine Kindergrundsicherung in der Diskussion“ am 7. Mai 2007

Um Kinderarmut in die Geschichtsbücher zu verbannen, hat DIE LINKE mit Vertreter(inne)n von Vereinen und Verbänden einen Fachtag der Fraktion durchgeführt. Alle Anwesenden, von der AWO bis zum Paritätischen Wohlfahrtsverband, vom Bund der Katholischen Jugend bis zum Verband Alleinerziehender Mütter und Väter, waren sich einig: Kinderarmut stellt in einer so reichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik einen Skandal ersten Ranges dar. Zu ihrer Bekämpfung bedarf es einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen. Denn Kinder sind nicht einfach nur kleine Erwachsene. Deshalb kann der Bedarf von Kindern, die Sozialgeld beziehen, nicht einfach vom Bedarf alleinstehender Erwachsener „statistisch“ abgeleitet werden.

Nachdem **Diana Golze** in ihrem Eingangsreferat das LINKE Konzept einer Kindergrundsicherung vorstellte, referierte **Prof. Ronald Lutz** von der FH Erfurt über Maßnahmen, die man außerdem noch unternehmen sollte (Kinder-, Jugend- und Familienhilfen, non-monetäre Prävention etc.). Dabei wurde auch über die Frage, was eigentlich beim Kind ankommt, diskutiert. Dann setzte sich **Dr. Rudolf Martens** vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) mit Reformpotenzialen und -perspektiven von Kindergeld und Kinderzuschlag auseinander. Die zentrale These des DPWV besagt, dass Deutschland gar nicht so viel Geld für die „eentlichen“ familienpolitischen Leistungen ausgibt, wie öffentlich dargestellt (insg. eher 38,6 statt ca. 184 Mrd. EUR).¹ Viele Ausgaben seien dem Beamtenrecht, Grundsicherungsleistungen (Existenzminimum) oder bildungspolitischen sowie gesundheitspolitischen Zwecken gewidmet und deshalb aber auch keine beliebige Finanzverschiebemasse, wie es sich der Finanzminister und die SPD vorstellen (S. 5/16ff.).

Mit dem Argument, dass bereits jetzt schon die Sach- als auch Geld-Leistungen (im Vergleich zu Dänemark oder Frankreich) geringer sind und nicht noch weiter gekürzt werden dürfen, lässt sich zumindest das SPD-Konzept der Kindergeld-Stagnation resp. Kürzung zugunsten von mehr Kinderkrippen kritisieren (zumal der Staat mit der Unternehmenssteuerreform den Konzernen milliardenschwere Steuergeschenke bereitet, wie DPWV-Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider bei der Pressevorstellung der Studie sagte, also genügend Geld haben muss).

Werde das **Kindergeld angehoben**, so verringere sich die Armut von Familien (10% mehr Kindergeld könnten demnach 120.000 Haushalte mit 200.000 Erwachsenen und 170.000 Kindern aus der Armut holen), während eine ausbleibende Kindergelderhöhung seit 2002 die Armutsquote von Familien um einen Prozentpunkt erhöhe (auf 14%; S. 61). Auch damit lässt sich die Forderung einer Erhöhung des Kindergelds begründen. Positiv hervorzuheben ist ebenfalls der Hinweis auf die DPWV-Expertisen von 2004 resp. 2006, welche betonten, dass der **SGB II-Regelsatz** um mindestens 20% - von 345 auf 415 EUR - angehoben werden müsste, um bedarfsdeckend im Sinne des soziokulturellen Minimums zu sein. Aus diesem Grund betrachtet der DPWV die Leistungshöhen des SGB II als nicht armutsfest, weshalb deren Betroffenenzahlen nicht als „bekämpfte Armut“, sondern als Umfang der Armut von Familien und Kindern angesehen werden (S. 72). Auch hierauf kann sich unser Kinderzuschlagskonzept (erst recht die Kindergrundsicherung) berufen (vgl. den LINKEN Kinderzuschlag-Antrag (16/2077) sowie den Änderungsantrag zum Einzelplan 17/Kinderzuschlag v. 29.3.2007).

Schließlich begutachtete **Johannes Steffen** von der Arbeitnehmerkammer Bremen aus sozialstaatssystematischer Perspektive die LINKE Kindergrundsicherung als Weg zur materiellen Bedarfsdeckung für Kinder. Bevor es dabei um die Details geht, scheint ein scharfer Widerspruch in der Diagnose von Kinderarmut sichtbar: **Sind Kinder ein Armutsrisiko oder sind Kinder deshalb arm, weil sie arme Eltern haben?** Von der Beantwortung dieser Frage hängt auch die bevorzugte Maßnahmenpalette ab. Im ersten Fall versucht man Kinder aus der Armut zu befreien, im zweiten gilt das Hauptaugenmerk der Bekämpfung der Armut von Familien (Eltern und Kindern). In seiner kritischen Betrachtung problematisierte Steffen vor allem die Herausnahme des Kindes aus der familiären Bedarfsgemeinschaft durch das bisherige Konzept der LINKEN Kindergrundsicherung. Dabei bezieht er sich auf die vielleicht etwas missverständliche Stelle im **Eckpunkte-Papier zur LINKEN Kindergrundsicherung** auf S. 3, Mitte: „Das soziokulturelle Existenzminimum für Kinder beinhaltet keine: (...) Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, die ggf. im Rahmen einer entsprechenden

Bedarfsfeststellung für den Elternhaushalt berücksichtigt werden.“ Hierdurch würde zwar mittels Kindergeld von 250,- und Kinderzuschlag bis zu 170,- das Kind formal aus Hartz IV befreit, doch seinen Eltern werden die Wohnkosten (KdU) von ca. 161,- zugeordnet, wodurch ihr Bedarf steige und ihr Verbleiben in Hartz IV forciert werde. Auch im **LINKEN Kinderzuschlag-Antrag** (16/2077, S. 3) heißt es, dass der gegenwärtig schmale Korridor zwischen Mindest- und Höchstgrenzen zu hohen Ablehnungsquoten führe und auch dies dafür spreche, „den Kinderzuschlag zu einer kindbezogenen Leistung auszubauen und die Kinder zumindest für die Gewährung der Regelleistungen aus der Bedarfsgemeinschaft herauszulösen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung bleiben sie für die Berechnung der Leistungen für Wohnung und Heizung, sowie die Erstaussstattungen und Mehrbedarfe des SGB II und SGB XII allerdings weiter Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft.“ De facto würden jedoch auch hierdurch die KdU den Eltern zugerechnet, sodass vielleicht die Kinder aus der Armut befreit werden könnten, aber nur um den Preis, dass ihre Eltern länger in Hartz IV verbleiben. Ein eigenes Fürsorgesystem für Kinder wie die Kindergrundsicherung sei nicht zielführend, da man Armutsreduktion nur dadurch erreicht, indem Kinder und Eltern gemeinsam aus der Hartz IV-Abhängigkeit befreit werden.

Außerdem würde die von der LINKEN immer noch geplante Erhöhung des Kindergeldes auf 250,- mindestens 20 Mrd. Euro kosten, wovon allerdings der geringste Teil der Bekämpfung von Kinderarmut zugute käme. Steffen warb dagegen **für eine moderate Kindergeldsteigerung und dafür für einen besseren Kinderzuschlag und großzügigere Wohngeldunterstützung**, um die Familien so schnell wie möglich aus der Hartz IV-Abhängigkeit zu holen. Die Frage bleibt aber, was mit den 2,5 Mio. Kindern geschieht, welche bereits auf oder unter der ALG II/Sozialgeld-Armutsschwelle leben. Im Anschluss daran entspann sich eine Grundsatz-Kontroverse um die Kindergrundsicherung.

In den folgenden Workshops ging es zum einen um die Wege zur **Ermittlung des Kindesbedarfs** (Statistik vs. Warenkorb). Hieraus ist inzwischen eine **Kleine Anfrage** an die Bundesregierung entstanden. Im zweiten Workshop ging es um die sozialstaatssystematische Einordnung der Ansprüche des Kindes sowie die Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Dabei wurde intensiv über die Zuordnung der KdU in- oder außerhalb der Kindergrundsicherung von 420,- debattiert.

Damit ergeben sich für das **KdU-Problem** in der Kindergrundsicherung fünf Umgangsweisen:

- 1. Nichtbeachtung
- 2. Anreicherung des Kinderzuschlags um eine Wohngeldkomponente
- 3. KdU bei den Eltern (bedarfsorientiert, wie gegenwärtig)
- 4. KdU beim Kind (bedarfsorientiert)
- 5. KdU pauschalisiert in das Kinderzuschlags-Konzept der KiGruSi integrieren (mit enormer Zielungenauigkeit und großem Streufaktor)

Aus dem LINKEN **Entschließungsantrag zum Siebten Familienbericht** der Bundesregierung ist zumindest die grobe Vorgehensweise skizziert: „Eine bedarfsorientierte und individuelle Kindergrundsicherung wird als eigenständiges soziales Sicherungssystem für Kinder schrittweise durch einen Ausbau und eine Neuausrichtung der existierenden Instrumente Kindergeld und Kinderzuschlag eingeführt. Im ersten Schritt werden die Instrumente Kindergeld und Kinderzuschlag zu einer einkommensabhängigen Absicherung des Existenzminimums für Kinder ausgestaltet. Das Kindergeld wird für alle Kinder auf

250 Euro angehoben. Der Kinderzuschlag nach §6a Bundeskindergeldgesetz wird zukünftig bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gezahlt und ergänzt das Kindergeld für Kinder von Eltern mit geringen bzw. keinem Einkommen. Er steht zukünftig auch Kindern von Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe zur Verfügung.“

¹ Vgl. die DPWV-Studie, „Auf den Punkt gebracht. Empirische Beiträge zur aktuellen Diskussion über Kinderbetreuung und Familientransfers“, Berlin April 2007 (alle weiteren Seitenangaben beziehen sich darauf)

Fazit

Die Anwesenden vertraten gemeinsam die Auffassung, dass Kinder eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenständigen Ansprüchen an die Gesellschaft sind. Die Frage muss deshalb immer lauten: Was braucht ein Kind? Übereinstimmend wurde eingeschätzt, dass das derzeitige Kindergeld nicht ausreicht, um das Existenzminimum von Kindern zu decken. Eine geplante Kindergelderhöhung zugunsten anderer kinderpolitischer Maßnahmen ausfallen zu lassen, wie es die SPD vorgeschlagen hat, muss vor diesem Hintergrund ebenfalls als sozial ungerecht abgelehnt werden. Als ersten Schritt zu einer wirklich bedarfsdeckenden, individuellen Grundsicherung diskutierten die Teilnehmenden des Fachtages eine Reform des Kinderzuschlags sowie das Konzept einer Kindergrundsicherung, welche durch DIE LINKE vertreten werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachtags wollen hierzu in Kontakt bleiben und Detailfragen näher beleuchten.

www.linksfraktion.de